

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge und Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton- und Tiefbaubetrieben, in der Backstein- und Steinzeugindustrie, in Scheibentöpfereien und Glasereien, in Puffer- und Stuckbetrieben, für Asphaltierer und die Arbeiter im Straßenbau, Isolierer, Fliesenleger, Ofenseher, Steinholz- und Terrazzoarbeiter

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Monatsbezugspreis 1,- RM. (ohne Bestellgeld). Bestellungen nur durch die Post. Schluß des Blattes Montags früh.

Herausgeber: Deutscher Baugewerksbund
Berlin SW 68, Friedrichstr. 5-6. Fernspr.: 2 7 Dönhoff 7650, 7651, 6240. Postfach. Berlin 65232.

Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Berlin S 14, Deutscher Baugewerksbund, Zentrale. Geschäftsangelegen nach Tarif durch „Werba“, Berlin SW 11.

Rückblick auf die Tarif- und Lohnbewegung im Baugewerbe.

Die Tarif- und Lohnbewegung der baugewerblichen Hauptgruppen ist nunmehr abgeschlossen. Da und dort gibt es allerdings noch manches zu bereinigen, vor allem in der Ortsklasseneinteilung. Doch das kann am Gesamtverlauf und Gesamtergebnis der Bewegung nichts mehr ändern. Und eine Schlussbetrachtung ist angebracht, um klaren Blickes zu erkennen, was war, warum es so war, warum es nicht anders werden konnte und was unsere Zukunftsaufgaben sind.

In dem diesjährigen Tarif- und Lohnkampf der baugewerblichen Hauptgruppen standen die Unternehmer in der Offensive. Gestützt auf eine

unerhörte große Bauwirtschaftskrise,

ermüdet durch die Reichsregierung, unterstützt von dem seit langen Monaten grassierenden Lohnabbau, der den Unternehmern allerdings nichts nützt und der Arbeiterschaft schadet, gestützt auf den schädigen Reichsindex für Lebenshaltungskosten, ermuntert auch durch die in den Reihen der Bauarbeiter durch die RGO. und Organisationsähnlichen Kalibers versuchte Zersplitterung, stießen sie gegen die baugewerblichen Arbeiterverbände vor. Reichsstarif? Fort damit ins alte Eisen! Oder mindestens eine starke Verbesserung des Reichsstarifvertrages, vor allem die Streichung aller seiner den Arbeitern günstigen Bestimmungen, so daß höchstens nur noch ein Schächelfeld weißer Salbe übrig bleibt! Die Hauptfische aber ist Lohnabbau. Damit „kurbeln“ wir unter allen Umständen die Bauwirtschaft an. So sagten die Bauunternehmer. In welcher Weise und mit welchen Mitteln die Bauwirtschaft auch nach vollzogenem Lohnabbau angefaßt werden könne, darüber wurde nichts verraten. Im stillen Herzenskammerlein sah man wohl auch die Unmöglichkeit des Gelingens einer solchen Eisenartikur ein. Für die Bauunternehmer handelte es sich in dieser Lohnabbaukampagne lediglich um eine angemessene Profitssicherung für sie auch bei schlechter Bauwirtschaft. So etwas darf man aber der Öffentlichkeit nicht sagen. Und so flogen denn die ersten Verhandlungen um

einen neuen Reichsstarifvertrag

auf. Die Unternehmer deckten ihre Karten auf: Reichsstarifvertrag ist Nebenfrage, an erster Stelle stehen die Lohnfragen. Die Unterhändler der baugewerblichen Arbeiterverbände dagegen sagten: Erst Abschluß des Reichsstarifvertrages, dann die Lohnregelung. Unter solchen Umständen war ein ersprießliches Verhandeln nicht möglich. Gewiß, es wurde über einen Reichsstarifvertrag verhandelt. Verhandelt in Gänsefüßchen. Das Verhalten der Unternehmer dabei erinnerte lebhaft an die von ihnen sonst so schrecklich verpönte Sabotage. Die „Verhandlungen“ kamen nicht vom Fleck. Schließlich ging man resultarlos auseinander.

Das war Anfang Februar. Dann wurde Mitte Februar wieder eine Verbindungsbrücke geschlagen. Nunmehr erklärten die Unternehmervertreter, es sei ihnen ernstlich am Abschluß eines Reichsstarifvertrages gelegen. Vermutlich hatten sie von einer einflußreichen Stelle einen Wink bekommen, daß ohne einen neuen Reichsstarifvertrag im Baugewerbe die Löhne nicht geregelt werden könnten. Mindestens müßten die wichtigsten Bestimmungen im neuen Vertrag geklärt sein. Ausgangs Februar und auch im März wurde dann verhandelt. Die Verhandlungen waren hartnäckig und schwierig. Schließlich lag dann der Tarif in seinen wichtigsten Bestimmungen vor. Die Hauptangriffe der Unternehmer auf den Vertrag waren abgeschlagen. Die Lehrlingsbestimmungen blieben im Vertrag unter Einbuße der Bezahlung der Schulstunden und Schulwege erhalten; es gelang auch, die Urlaubsbestimmungen, wenn auch verschlechtert, in den neuen Tarif hinüberzuerücken. Die sonstigen Verschlechterungen im Reichsstarifvertrag waren weniger wesentlich, so daß das Tarifwerk daran nicht zu scheitern brauchte. Außerdem kamen in den neuen Vertrag auch einige Verbesserungen und Abmilderungen. Alle Verbände der an dem Vertrag beteiligten baugewerblichen Arbeiter und Unternehmer entschieden sich dann später für die Annahme des neuen Vertrages. — Inzwischen hatten

die Lohnverhandlungen in den Bezirken

eingesetzt. Überall stellten bei den Parteiverhandlungen die Unternehmer Lohnabbauforderungen in unerhörtestem und unverhältnismäßigem Ausmaß. 30 bis 40% Lohnabbauforderung war die Regel. Diese an Frechheit grenzende Begehrlichkeit der Bauunternehmer wurde dann etwas herab-

gedämpft durch die bezirklichen Schlichtungsstellen. Aber auch jetzt war der Lohnabbau, soweit ihn diese Schlichtungsstellen ausgesprochen hatten, für die Arbeiterschaft sehr empfindlich und unannehmbar. Nunmehr ging es an die zentrale Schiedsstelle.

Sie milderte den durch die bezirklichen Schiedsprüche ausgesprochenen Lohnabbau teilweise mehr, teilweise weniger ab, so daß allgemein betrachtet ein Abzug zwischen 7 und 12% herauskam.

Das genügte den mildgewordenen Bauunternehmern nicht. In vielen Bezirken beschriften sie gegen Treu und Glauben, entgegen den Anweisungen ihrer Zentrale, den Kriegspfad. Aus eigener Machtvollkommenheit erhöhten sie die Lohnabbauentscheidungen der zentralen Schiedsstelle

vielfach um das Doppelte und mehr

und verlangten die Anerkennung dieser unverhältnismäßig hohen Lohnrückbildung durch den Bauarbeiter zur Unterschrift vorgelegte Revers. Diese Frechheit schlug überall dem Faß den Boden aus. Überall kam es zu energischer Abwehr. Entschlossen zeigten die Bauarbeiter, daß sie auch trotz maßlos schlechter Konjunktur zu kämpfen verstehen. Die Bauunternehmer hatten das nicht erwartet. Sie glaubten, daß ihnen hungernde Bauarbeiter als Streikbrecher in genügender Anzahl zu laufen würden. Die Bauarbeiterchaft beharrte sie eines Besseren. Überall führten

die Abwehrkämpfe der Bauarbeiter

zum Erfolg. Teilweise wurden die Schiedsprüche der zentralen Schiedsstelle verbessert, zum mindesten wurden sie zum Gesetz erhoben. Auch die Lohn- und Ortsklasseneinteilung wurde in fast allen Bezirken kraft des sanften Druckes der Bauarbeitergewerkschaften in befriedigender Weise bereinigt. Der Gesamtkampf, als Ganzes gesehen, endete mit einem leidlich guten Erfolg für die Bauarbeiter.

Wir sprachen soeben von einem „leidlich guten Erfolg“ in diesem Kampfe. Mancher Kollege wird sagen, er vermisse diesen leidlich guten Erfolg. Er hat, oberflächlich betrachtet, mit dieser Behauptung recht; denn dieser Kampf hat zum Schluß dennoch überall einen Lohnabbau gebracht, auch der Reichsstarifvertrag hat gelitten. Aber man muß beachten, daß in

Krisenzeiten die Macht der Gewerkschaften gehemmt

und geschwächt erscheint. Das begreifen die Unternehmer vielfach weit eher als die Arbeiter. Rund 75% Arbeitslose im Baugewerbe, fast durchgängig im Bezug der Arbeitslosenunterstützung ausgesetzt, vielfach dem Hunger und der Not hemmungslos ausgeliefert, ferner keine wesentliche Aussicht auf Verbesserung der Baukonjunktur — dies alles bedeutet, nüchtern betrachtet, ein großes Plus bei solchen Kämpfen für das Bauunternehmertum. In solchen Zeiten können die Gewerkschaften wohl da und dort durch einen kühnen Huzarenritt einen Erfolg erreichen, aber ein Kampf auf längere Sicht läßt sich unter solchen Umständen erfolgreich nicht führen. Erfahrungsgemäß versickern solche Kämpfe bei längerer Dauer ins Ungewisse, die Lohnfrage versack, oder es kommt günstigenfalls nach schweren Opfern zu einem geringen Achtungserfolg.

Das wäre die eine Seite. Man beachte aber auch, daß bereits seit Mai 1930

die Lohnabbauaggressionen,

psychologisch gestützt durch die Ankündigung von Preis senkungen, überall mit Unterstützung der Reichsregierung „erfolgreich“ gearbeitet hatte. Die Besitzer der Produktionsmittel und die Reichsregierung, die ersteren aus kurzfristigem Profitgier, die letzteren vielleicht wider bessere Ueberzeugung und nur, um den vermeintlichen Belangen des Unternehmertums Rechnung zu tragen, leben nun einmal in dem Irrwahn, die deutsche Wirtschaft lasse sich bei niedrigeren Löhnen wieder ankurbeln. Das ist zwar wirtschaftspolitisch falsch gedacht, die Erfahrung hat dies auch erwiesen, aber es ist leider Tatsache. Außerdem jonglierte man mit einem sagenhaften Preisabbau. Und der Arbeiterschaft, politisch verhehrt und gerissen, fehlt es seit den Wahlen im September 1930 an genügendem politischem Einfluß, das Reichsruder herumzuwerfen. Und nun galt es endlich

den verhassten Bauarbeiterlöhnen!

Die waren dem gesamten Unternehmertum schon längst ein

Dorn im Auge. In der Unternehmerpresse und in den politisch reaktionären Blättern rumort schon seit Jahren das große Kesselreiben gegen die „hohen“ Bauarbeiterlöhne. Man hat die große Öffentlichkeit mit dieser großen Unwahrscheinlichkeit geradezu hypnotisiert. In allen Tonarten schrie man in die Welt — und fand dabei Anklang —, die Löhne seien nur deshalb so teuer, weil die Bauarbeiter den Bauunternehmern so unverhältnismäßig hohe Löhne abgepreßt hätten. In unserem zweiten Aufsatz in dieser Nummer gehen wir auf dieses wohlberechnete und reaktionäre Lügengeheimnis etwas näher ein, so daß wir uns an dieser Stelle weitere Darlegungen ersparen können. Jedenfalls hat es der reaktionäre Blätterwald verstanden, durch sein wildes Rauschen die Öffentlichkeit nach dieser Richtung hin zu verängstigen und zu verheizen. Die Blätter der Bauarbeitergewerkschaften standen bei der Abwehr dieser Lügenmärchen über die unverhältnismäßig „glänzende“ Wirtschaftslage der Bauarbeiter“ zumeist allein auf weiter Flur. Hin und wieder sekundierte ihnen die sozialdemokratische Presse. Auch die „Gewerkschafts-Zeitung“ des DGB, die gewerkschaftspolitische Wichtigkeit dieser Frage klar erkennend, vertrat wacker die Interessen der Bauarbeiterchaft. Bei den Lohnverhandlungen vor der zentralen Schiedsstelle sind dieser dann allerdings über die wirkliche wirtschaftliche Lage der Bauarbeiter allerlei Kerzen aufgesteckt worden, und sie suchte dann, vielleicht sogar auf die Gefahr hin, irgendwo an maßgebender Stelle ein zorniges Stirnrücken zu verursachen, den geschilberten wahren Zuständen einigermaßen gerecht zu werden. Aber die große Öffentlichkeit wird auch heute noch in dem ihr mit allen Mitteln eingepfropften großen Irrwahn von den „hohen“ Bauarbeiterlöhnen verharren. In unserem folgenden Aufsatz zeigen wir ja, wie dieses blöde Kesselreiben durch die reaktionäre Presse nun weiter fortgesetzt wird.

Als Drittes schlug bei diesen Lohn- und Tarifkämpfen für die Bauarbeiter nachteilig zu Buch die

unheilvolle organisatorische Zersplitterung

der Bauarbeiterchaft. Das Kraftzentrum der Arbeiter in diesen Kämpfen, die 650 000 in ihren zentralen Verbänden organisierten Bauarbeiter, wurde außer vom Unternehmertum und der gesamten Reaktion auch noch veranant und wüst umhüllt von der RGO. und von dem sogenannten Industrieverband für das Baugewerbe. Verschiedene Splitterorganisationsähnliche bolschewistische Couleure tufeten in das gleiche Horn. Diese Leuten hatten von vornherein das große Messer, zugleich aber auch die große Unverantwortlichkeit in diesem Kampfe in Erbpacht genommen. Und was sie forderten, klang äußerst radikal und war lieblich anzuhören für jedermann im Volke. Nur ob Gelegenheit und Zeitpunkt, solche Forderungen zu stellen und durchzubringen, günstig waren, das steht angeht der vorn geschilberten nackten Tatsachen auf einem anderen Blatte. Zudem fehlte diesen bolschewistisch beeinflussten Zersplitterungsgebilden zu ihrem Auftreten oder gar zur „Führung“ in diesem Kampfe, wie es die „Rote Fahne“ tagtäglich hinausbrüllte, jede Legitimation. Gewiß, es hört sich nett an: 14 Tage bezahlte Ferien, vierzigstündige Arbeitswoche und 20% Lohnerhöhung. Wer möchte das nicht? Aber diesen gewerkschaftlichen Zwitter- und Zittergebilden kam es ja darauf gar nicht an. Diese wunderschöne „Kampfdrohung“ war ja nur Aushängeschild für jene, die anscheinend nie alle werden, nur um sie vor den bolschewistischen Karren zu spannen. Und so wurde denn jeden Tag draußlos gebüllt, draußlos verleumdet und gehehrt, und dabei „führte“ die RGO. „sicher und zielbewußt“, bis plötzlich der ganze bolschewistische Spuk und all das Wortgedröhne dieser Radaumacher über Nacht spurlos im Nebel zerrann und sich über allen bolschewistischen trüben Wassern große Stille ausbreitete. Hin und wieder klaffte noch aus weiser Ferne ein kleiner Köter einige abgebrochene Laute über „Verrat“ und „Dolchstoß“. Dann war über allen Wipfeln Ruh. Währenddessen regelten die verantwortlichen Träger dieses großen Abwehrkampfes, die am Reichsstarifvertrag beteiligten Gewerkschaften, unverdrossen und mit großem Bemühen die Lohnverhältnisse der Bauarbeiter.

Nachträglich affektierten sich dann im bolschewistischen Lager die feindlichen Brüder ihre beiderseitige Unfähigkeit, Sinkerhältigkeit und Falschheit. Jeder schob dem anderen die Schuld zu am Mißlingen des bolschewistischen Krachorgelkonzertes. Die „Rote Fahne“ schmiegte den „Bau-

Proleten" und dieser die „Rote Fahne“ aus. So schrieb der kommunistische „Bau-Prolet“ in seiner Nummer 17: „Die KPD. hat in diesem Streik alles getan, um die Streikfront zu zermürben.“

So weit führt engstirnige dogmatische Parteipolitik, die um ihres K.O.-Ansinn willen die Interessen der im Kampf befindlichen Bauarbeiter mit Füßen getreten hat.“ Wir sehen, auch im „Bau-Prolet“ findet man manchmal einen vernünftigen Gedanken. Nur vergißt der „Bau-Prolet“, daß der sogenannte Industriefverband für das Baugewerbe ebenfalls nichts anderes ist als ein Zersplittererverbändchen, dessen Gründung ebenfalls „dogmatischer Parteipolitik“ entsprungen ist. An anderer Stelle rätioniert der „Bau-Prolet“ über „erbärmliche Quertreibereien der K.O.“. Und der kommunistische „Volkswille“ schrieb: „Was sich die K.O. in diesem Kampf der Bauarbeiter geistert hat, diene wieder einmal nur der Spaltung der Arbeiterkraft.“ Wir haben dem nichts hinzuzufügen.

Jeder vernunftbegabte Kollege wird nunmehr begreifen, daß in dem verflochtenen Bauarbeiterkampf erreicht wurde,

was unter den vorn geschilderten Umständen erreicht werden konnte. Wir haben diesen großen Kampf mit Ehren bestanden und dem frech gewordenen Unternehmertum eine Lehre für jetzt und hoffentlich auch für die Zukunft erteilt. Die Löhne sind nunmehr geregelt bis zum 2. März nächsten Jahres. Dann wird es gelten, das Vorhandene zu verteilen und wenn irgend möglich, zu verbessern. Deshalb dürfen wir nicht müßig sein. Es gilt, trotz aller wirtschaftlichen Unbilden, unsere Organisation zu stärken und für künftige Fälle zu rüsten. Seht klar der Zukunft entgegen! Laßt eure Sinne nicht umnebeln durch kraftlose Phrasen und wässres Geschimpfe. In Deutschland repräsentieren

die gewerkschaftliche Kraft

einzig und allein unsere gewerkschaftlichen Verbände. Alles andere ist Kraftzersplitterung und außerdem noch Lug, leerer Schein, blöde Verleumdung und maßlose Verheißung. Denkt an die Zukunft und fördert überall unsere Einigkeit! Stärkt den Baugewerksbund! Dann wird an seiner Kraft jeder Ansturm seiner vielgearteten Gegner machtlos zerfallen!

Wie man die öffentliche Meinung vergiftet!

Die Mär von den „hohen“ Bauarbeiterlöhnen will nicht zur Ruhe kommen. Soeben lesen wir in einem in der Grenzmark erscheinenden Käseblatt darüber habende Dinge. Das Blättchen nennt sich „Schönlanke Tageblatt“ und stellte am 30. April in einem Aufsatz „Abbau der Baumwirtschaft“ Behauptungen auf, die davon zeugen, daß der Verfasser von der sozialen und wirtschaftlichen Lage der deutschen Bauarbeiter keinen blassen Dunst hat. Vom „Abbau der Baumwirtschaft“ lesen wir in diesem Geschreibsel überhaupt nichts. Es handelt sich für diesen Skribenten nur um den Abbau der Arbeitslosenunterstützung der baugewerblichen Arbeiter. Der Finanzminister Dr. Dietrich hätte erklärt, die öffentliche Baumwirtschaft habe die Löhne und Preise dermaßen in die Höhe getrieben, daß sie unbedingt zurückgeschraubt werden müßten, er habe weiter gesagt, auf die Verhältnisse gewisser Gruppen von Saisonarbeitern müsse bei der „Reform“ der Arbeitslosenversicherung sowie auf die Entlohnung Rücksicht genommen werden.

Diese arbeiterfeindlichen Ausführungen hat der Finanzminister Dr. Dietrich wirklich gemacht, und zwar Ende April in einer Versammlung des Mittelstandskartells zu Berlin. Er hat bei dieser Gelegenheit auch noch andere Ausführungen gemacht. Die ganze Rede war überhaupt abgestellt auf die Mentalität dieses besonders delikaten Interessentenhaufens und bestand in der Hauptsache aus alten, längst widerlegten Litanen. Obwohl sich dort ein Minister, und noch dazu ein Reichsfinanzminister, in derlei verbogenen Gedankengängen bewegt hat, so haben wir dafür natürlich keinerlei Verständnis und Hochachtung. Diese Rede verrät keinerlei sachliche Stellungnahme, sie ist äußerst parteiisch und tendenziös gehalten und zeugt geradezu von Feindschaft gegen die Bauarbeiterkraft. Aber es gehört heutzutage in jenen wohlfeilsten Kreisen zur großen Mode, „ausgerechnet“ den Bauarbeitern bei jeder Gelegenheit ihre armeneligen Löhne als „viel zu hoch“ vorzuwerfen. Und es ist klar, daß einem Zeilenreißer wie dem im „Schönlanke Tageblatt“ Dietrichs Worte als göttliche Offenbarung erscheinen, zumal das in seinen reaktionären Kram paßt, und er nun drauflos schwadronieren kann, obwohl er und sein Mentor Dietrich vom wirklichen Stand der Dinge keine Ahnung haben.

Hören wir nun, in welcher Weise unser edler Zeitgenosse im „Schönlanke Tageblatt“ die Rede Dietrichs auszuflachten bemüht ist. Er erklärt frank und frisch aus dem Handgelenk, die Bauarbeiter hätten unter Hinweis auf die Arbeitspause im Winter ihre Löhne gegenüber den Löhnen in anderen Industriegruppen in die „Höhe geschneilt“. Und dann erzählt er von amtlichen Lohnerhebungen, wonach der Bauarbeiter mit seinem Lohn an der Spitze aller Arbeiter und Angestellten stehe. Er faselt weiter von einem Stundenverdienst von 3,20 M in Berlin und macht dann eine Berechnung auf, in der er erzählt, selbst wenn der Bauarbeiter nur 39 Wochen im Jahre arbeite und ein Arbeiter der Konjunkturberufe 52 Wochen lang, dann ergebe sich für gelernte Bauarbeiter ein durchschnittliches Jahreseinkommen von 3412,50 M, in der Metallindustrie dagegen von nur 2650,96 M. Angelernte Bauarbeiter hätten ein Jahreseinkommen von 2300,61 M gegenüber 1872 M Jahresverdienst in der Metallindustrie. Und nach dieser „Feststellung“ zerkert der Mann zornbevend über das Unrecht, daß der geringer entlohnte Arbeiter mit seinen Beiträgen dafür einsehen solle, daß der „hochentlohnte Saisonarbeiter“ mit absoluter Sicherheit noch ein „zusätzliches Einkommen“ aus der Arbeitslosenversicherung erhalte; das widerspreche jedem gesunden sozialen Gedanken. Und an anderer Stelle verteidigt sich dieser Zeilenreißer im Bajazomastabe sogar zu der Behauptung, die Bauarbeiter seien in vielen Fällen überhaupt nicht als arbeitslos im eigentlichen Sinne anzusprechen. Diese Behauptung ist geradezu verrückt, aber das scheint bei diesem arbeiterfeindlichen Blatte Methode zu sein.

Wir wollen nicht weiter auf die von totaler Unwissenheit strotzende Schmiererei in jenem Blatte eingehen, jedoch einige Zahlen anführen. Es wird da behauptet, der Bauarbeiter habe an durchschnittlich 39 Wochen Arbeit im Jahre. Demgegenüber stellen wir kurz fest, daß die Bauarbeiter im vorigen Jahr vom Januar bis zum Dezember durchschnittlich zu fast 50% arbeitslos waren. Und heute im wunderschönen Monat Mai ist die Arbeitslosigkeit in diesem Jahre von anfänglich 76% im Höchststand erst auf rund 70% zurückgegangen. Was jedoch die Löhne anbetrifft, so halten wir uns an eine Stelle, die vielleicht auch der polsternde Schmierant im „Schönlanke Tageblatt“ anerkennen dürfte, nämlich an die Statistik der Berufsgenossenschaften. Nach dieser Statistik betragen die Stundenlöhne in der Bauindustrie in den vier Jahren 1926 bis 1929: 84,3; 88,4; 96,4 und 101,4 $\frac{1}{2}$. Damit bewegen sich diese Löhne in ganz geringem Maßstabe über dem Durchschnitt aller wichtigen Industriezweige. Im Jahre 1929 wurde der Stundenlohn in der Bauindustrie übertroffen im Bergbau, in der elektrotechnischen und in der Eisenindustrie, in den Häften- und Walzwerken, in der chemischen Industrie und in der Lederindustrie. Dort bewegen sich nach der Sta-

tistik der Berufsgenossenschaften die Stundenlöhne zwischen 103,0 und 122,4 $\frac{1}{2}$. Nun berechnet man aus der Kombination der effektiven Durchschnittsfundamententlohnung und der effektiv geleisteten Arbeitszeit das Jahreseinkommen des einzelnen Arbeiters. Für Bauarbeiter betrug im Jahre 1926 das Jahreseinkommen 1451 M, es stieg im Jahre 1928 auf 1866 M, fiel dann im Jahre 1929 auf 1704 M und im Jahre 1930 auf 1220 M. Dagegen betrug das Jahreseinkommen der gesamten männlichen und weiblichen Arbeiterkraft in der Konjunkturgruppe im Jahre 1926: 1331 M, 1928: 1843 M, 1929: 1826 M und 1930: 1630 M. Nach der gleichen Statistik hatte ein Bergarbeiter im Jahre 1927 ein Durchschnittsjahreseinkommen von 2174 M, es stieg in den nächsten beiden Jahren etwas und dürfte im Jahre 1930 etwa 2190 M betragen haben.

Angesichts dieser nackten Tatsachen fasseln Blätter vom Schläge des Schönlanke Moniteurs über „hohe“ und „übersehete“ Löhne im Baugewerbe! Dieses Blatt schwingt sich sogar zu der Behauptung auf, die Bauarbeiter seien in vielen Fällen überhaupt nicht als arbeitslos im eigentlichen Sinne anzusprechen. Solche Behauptungen sind angesichts der traurigen Tatsachen geradezu verrückt zu nennen. Im übrigen standen ja erst kürzlich die Löhne der deutschen Bauarbeiter in den bezirklichen Schiedsgerichten und schließlich an einer zentralen Schiedsstelle zur Debatte. Und angesichts der bei diesen Verhandlungen vorgebrachten Gründe konnten sich dort die Unparteiischen nicht dem Elend der Bauarbeiter verschließen, man reduzierte die in den Bezirken zustande gekommenen unverhältnismäßigen Lohnschiedsprüchde in teilweise erheblichem Maße. Ja, uns schien es manchmal, daß die zentrale Schiedsstelle nur deshalb für Lohnabbau votierte, um dem zur Mode gewordenen Lohnabbaufrimmel Rechnung zu tragen. Jedenfalls hat diese Schiedsstelle auf Grund der ihr ausführlich vorgelegten Informationen eine bessere Einsicht bekommen über die wirkliche Lage der deutschen Bauarbeiterkraft, eine Einsicht, die in krasser Weise absichtlich von dem unwissenden und geradezu verleumderisch handelnden Skribenten im „Schönlanke Tageblatt“ — Auch die „Deutsche Bergwerkszeitung“ vom 8. Mai erzählt wieder mal etwas von „gebundenen, künstlich gesteigerten Löhnen“ im Baugewerbe. Die Herrschaften sollten einmal bei der Reichsregierung petitionieren. Wie wäre es mit einer Notverordnung, wonach die Bauarbeiter hinfort umsonst zu arbeiten haben?

Warum bekommen wir keine Auslandsanleihen?

Die Forderung der Gewerkschaften, eine größere Kapitalbildung durch eine erhöhte Kapitaleinfuhr zu erreichen, um dadurch die Krise zu mildern, ist bis heute unerfüllt geblieben. Von der zuständigen Stelle wird nichts getan, um der Forderung nachzukommen, trotzdem neben den Gewerkschaften auch ein Teil der Wirtschaftswissenschaftler erhöhte Kapitaleinfuhr befürworten. Ein Teil der Unternehmer zusammen mit der „Beratungsgesellschaft für Auslandsanleihen“ sind nach wie vor gegen jede größere Kapitaleinfuhr, soweit sie von der öffentlichen Wirtschaft gefordert wird. Sie verweisen ständig darauf, die eigene Kapitalbildung so zu steigern, um den Bedarf der Wirtschaft selbst zu decken. Daß sie dieses Ziel nicht erreichen und in absehbarer Zeit nicht erreichen werden, beweist am deutlichsten der jetzige Stand der Wirtschaft, die zu ihrer Belebung neues zusätzliches Kapital dringend braucht.

Der Bedarf an Kapital in der deutschen Wirtschaft war in allen Nachkriegsjahren groß. Trotzdem er nicht durch eigene Kapitalbildung gedeckt werden konnte, verstümmten dennoch nicht jene, die jede Kapitaleinfuhr unterbinden wollen. Als in der ersten Zeit nach der Inflation die deutsche Wirtschaft gezwungen war, mit Hilfe des Auslandskapitals aufzubauen, da forderten sie einen Schuß gegen die „sogenannte Ueberfremdungsfahrt“. Heute, wo eine nationalstiftische Welle durchs Land geht, die jede internationale Zusammenarbeit hindern will, sieht man in jeder Auslandsanleihe einen Schritt in die Verklauung.

Wie falsch diese Einstellung ist, dürfte bei einigen wirtschaftlichen Kenntnissen allgemein klar sein. Es wird grundsätzlich keinem Menschen einfallen, Auslandskapital zu verwenden, wenn nicht die Aussicht besteht, daß der Ertrag größer ist als die Zinsen, die dafür zu zahlen sind. Es ist aber auch keinem Ausländer zugumuten, daß er sein Geld einem Gläubiger gibt, von dem er nicht weiß, ob er in der Lage ist, es ihm wieder zurückzahlen. Die Sicherheit beider Teile dürfte hier wohl das beste Mittel sein, um unerwünschte Kapitaleinfuhr zu verhindern. Die Ansicht, dem Auslandskapital komme es nur darauf an, über Deutschland die Herrschaft zu bekommen, wird auch durch die Tatsache widerlegt, daß in diesen kritischen Zeiten ausländisches Kapital nur schwer zu haben ist und das geliehene Kapital oft zurückgezogen wird. Aber das hindert gewisse Kreise nicht, ständig darauf hinzuweisen, daß eine Erhöhung der Auslandsanleihen den Niedergang der deutschen Wirtschaft bringe. Und wo nationalstiftische Ueberfremdungen versagen, werden währungspolitische Gründe angeführt und eine Inflation mit allen ihren Schrecken wird an die Wand gemalt. Die Politik des früheren Reichsbank-

präsidenten Schacht wird von seinen Nachfolgern fortgesetzt. Diese Politik hat jedoch Hintergründe, die mit Inflation nichts zu tun haben.

Der Kampf um die Auslandsanleihen richtet sich gegen die öffentliche Wirtschaft, die nach Ansicht ihrer Gegner das Kapital für „unproduktive“ Zwecke verwendet. Wenn auch diese Behauptung bereits hinreichend widerlegt ist, so hindert das die maßgebenden Stellen dennoch nicht, an ihrem Standpunkt festzuhalten, indem sie den öffentlichen Anleihen die Produktivität und Rentabilität absprechen und sie als einen Schaden für die deutsche Währung betrachten.

Eine kurze Betrachtung des Konjunkturverlaufs der Wirtschaft zeigt recht klar, welche Bedeutung das Auslandskapital für diese in den letzten Jahren hatte. Kurz nach der Inflation befand sich die deutsche Wirtschaft in einer Krise, die erst durch die Dawes-Anleihe von 800 Millionen Mark und die ausländischen Kredite an öffentliche und private Unternehmungen gemildert werden konnte. Damals ist zweifellos durch den ausländischen Kapitalstrom die deutsche Wirtschaft belebt worden. Im Jahre 1925, als in der deutschen Wirtschaft ein Rückgang einsetzte, war auch die Kapitaleinfuhr geringer als im vorausgegangenen Jahre. In den Jahren 1926 bis 1928 war die Kapitaleinfuhr wieder größer. Erst im Jahre 1929, als der Rückgang der Wirtschaft stärker wurde, ging auch die Kapitaleinfuhr zurück, sie hat in den letzten zwei Jahren, wenn wir von der Young-Anleihe von 400 Millionen Mark an das Reich absehen, nur noch rund 40% aus den Jahren 1928 und 1927 erreicht.

Die einzelnen größeren Bewegungen der Wirtschaft decken sich mit denen der Kapitaleinfuhr und zeigen recht deutlich, daß in der Zeit, wo das ausländische Kapital im stärkeren Maße der deutschen Wirtschaft zugute kam, auch ihr Beschäftigungsgrad viel größer war. Das Jahr 1927, das nach dem Kriege das beste in der Produktions- und Beschäftigungsfähigkeit war, zeigte auch die größte Kapitaleinfuhr. Der dadurch entstandene günstige Einfluß ist unverkennbar. Eine genügende Einfuhr ausländischen Kapitals würde uns auch heute in die Lage versetzen, den Tiefstand der Wirtschaft schneller zu überwinden. Eine Wirtschaft wie die deutsche mit ihrer ungenügenden Kapitalbildung wird viel schwerer den der kapitalstiftischen Wirtschaft eigenen Widerstände überwinden, wenn sie durch Schmälerung der Massenkaufkraft Kapital ansammelt, um durch Neuaufträge aus der Krise zu kommen. Eine ausreichende Kapitaleinfuhr kann die Lücke schließen helfen, die heute zwischen dem Kapitalbedarf und der eigenen Kapitalbildung besteht. Sollen einmal alle, die heute ohne Arbeit sind, beschäftigt werden, dann genügt nicht mehr das Kapital, das von der deutschen Wirtschaft zu Anlagezwecken erübrigt wird, sondern es muß neues zusätzliches Kapital verwendet werden. Dieses Kapital trägt nicht, wie die Gegner behaupten, einen inflatorischen Keim in sich, sondern wirkt auf die deutsche Wirtschaft belebend, ohne vorher, wie das bei der gesteigerten inneren Kapitalbildung der Fall ist, einen großen Teil des Sozialprodukts durch Lohnsenkung dem Konsum zu entziehen.

Die innere Kapitalbildung ist für jede Wirtschaft unumgänglich notwendig. Sie darf aber nicht, wie es augenblicklich geschieht, als Vorwand benutzt werden, um die Löhne nach Belieben abzubauen, wobei von den staatlichen Stellen hinreichend Mißdienste geleistet werden. Diese Politik ist um so mehr zu verurteilen, weil gerade ihre stärksten Verfechter in jenen Produktionszweigen sind, die durch eine straffe Kartellpolitik eine Monopolstellung einnehmen. Durch eine vernünftige Investitionspolitik hätten diese Produktionszweige auch sicherlich zur Behebung des Kapitalmangels in der übrigen Wirtschaft beitragen können. Aber durch die Fehlleistung des Kapitals in Produktionsmitteln, die ohnehin schon für den vorhandenen Absatzraum genügen, wurden große Kapitalien festgelegt, ohne einem volkswirtschaftlichen Zweck zu dienen.

Der Ruf der Unternehmer nach stärkerer Selbstfinanzierung bedeutet in erster Linie Lohnabbau. Im Zusammenhang mit der Drosselungspolitik in der Kapitaleinfuhr für die Wirtschaft der öffentlichen Hand bedeutet dies aber auch verringerte Arbeitsmöglichkeit. Sollen die Kommunen darauf warten, bis der deutsche Kapitalmarkt ihnen hinreichend die Mittel gibt, ihren Aufgaben nachzukommen, so vergeht noch eine lange Zeit, während Tausende und aber Tausende Arbeitskräfte brachliegen.

Die Drosselungspolitik in der Kapitaleinfuhr trifft am härtesten die Bauwirtschaft, weil die öffentliche Bauauftragspolitik die Konjunktur im Baugewerbe nur mit Hilfe des Auslandskapitals befruchten kann. Die öffentliche Bauauftragspolitik, die ebenfalls die Aufgabe hat, reagierend in den Wirtschaftsverlauf einzugreifen, vermag durch eine Einschränkung der benötigten Kapitalmenge vollständig, sie bleibt heute noch eine gutgemeinte Seite staatlicher Konjunkturpolitik, der jede Kraft zur Durchführung fehlt. — In den Jahren 1928 und 1929 wurden im öffentlichen Bau je 2,7 Milliarden Mark investiert, dagegen nach einem Bericht der Deutschen Bau- und Boden-Bank im Jahre 1930 nur 1,8 bis 2 Milliarden Mark. Der Rückgang betrug 35%. Die verringerte Kapitalmenge führte zwangsläufig zu einer Einschränkung der Bauprogramme der Kommunen. Das Ziel der Unternehmer, das sie mit der Drosselungspolitik in der Kapitaleinfuhr erreichen wollen, ist bekannt. Indem sie die Kapitalnot der öffentlichen Wirtschaft systematisch herbeiführen wollen, hoffen sie aus der gesteigerten Arbeitslosigkeit Profit zu schlagen und außerdem sich Teile der öffentlichen Wirtschaft in die Hände zu spielen. Die zurzeit noch schwebenden Verhandlungen über eine Anleihe der Stadt Berlin sind ein deutlicher Beweis dafür. Schon lange trachtet das Unternehmertum danach, einen Teil der öffentlichen Wirtschaft an sich zu bringen. Das sucht es zu erreichen, indem es dem angelegten Kapital in der öffentlichen Wirtschaft die Produktivität und Rentabilität abspricht und damit die Kapitalbeschaffung erschwert, um die Kommunen zu zwingen, sich dem Privatkapital auszuliefern.

Bis heute hat das Privatkapital sein Ziel nicht erreicht. Der deutschen Wirtschaft hat es jedoch mit seiner Haltung großen Schaden zugefügt. Die ständigen Hinweise, die deutsche Wirtschaft leiste sich mit Hilfe ausländischen Kapitals Luxusausgaben, führten zu einer Verfeinerung und schwierigeren Beschaffung von Auslandskrediten und damit zur Arbeitslosigkeit. Wirtschaftspolitische Unverstand hat sich heute auch hier behaupten können und persönlichen Vorteil den notwendigen Geboten der Wirtschaftspolitik vorangestellt.

Eine Bundes-Tribüne.

Eine Tribüne ist ein erhöhter Standort, von dem aus Redner Massen anfeuern oder Massen etwas überblicken können. Eine Tribüne bietet also die Möglichkeit, besser hören und schauen, aber auch sich besser mitteilen zu können. Es gibt auch andere Tribünen, solche geistiger Art, die der Verständigung und dem Verständnis dienen sollen.

Eine solche Tribüne erscheint uns besonders nötig in einer Zeit wie der heutigen, die eine Zeit der Massenbewegung und der großen Probleme ist. Probleme mannigfaltiger Art drängen mit Macht zur Aussprache. Dazu ist besonders in Zeiten politischer und wirtschaftlicher Hochspannung eines nötig: Ruhige Klarheit und Erkenntnis der Dinge. In Tausenden von Versammlungen, Sitzungen, Verhandlungen und Aussprachen wird versucht, dieser Notwendigkeit Rechnung zu tragen. Keineswegs sind Versammlungen — diese erste Kraftquelle unserer Bewegung — überflüssig geworden. Aber Versammlungen sind — trotz Lautsprecher und Radio — nicht mehr das einzige Mittel, jederzeit Massen erfassen zu können. Naturgemäß kann sich in Versammlungen nur ein kleiner Kreis von Wortgewaltigen aktiv an der Lösung von Problemen beteiligen. Versammlungen sind allerdings ein sehr notwendiges Mittel zur Volksaufklärung, aber ein leider noch viel zu kleiner Teil der Arbeiterschaft ist dank der Schulungsarbeit der Gewerkschaften und der Partei darüber hinausgewachsen, ihr Streben nach Erkenntnis in Versammlungen befriedigen zu können. Sie sind mehr oder weniger befähigt, politische und wirtschaftliche Fragen theoretisch oder sogar wissenschaftlich zu betrachten. Dazu sind aber Versammlungen nicht der geeignete Ort, große Versammlungen in keinem Falle, sondern Arbeitsgemeinschaften sowie Kurse und schließlich die stille bescheidene Studierstube des einzelnen. Von ihnen wünschen wir, daß sie ausgebaut, an Zahl vervielfältigt werden, und daß einem jedem sein Stübchen beschieden werden möge, wo er in aller Stille an sich arbeiten kann.

Aber darüber hinaus darf doch nicht vergessen werden, daß Erziehungs- und Schulungsarbeit zwar ein Persönlichkeitsproblem, nicht zuletzt aber auch ein Massenproblem ist. Dazu bedarf es eines Mittels, das geeignet ist, Probleme in aller Ruhe und mit Vorbereitung zu erörtern, und zwar vor einem Forum, das größer ist als der größte Versammlungssaal, ja größer selbst als das Forum Romanum. Dieses Forum sind die Zeitungsleser, ist die Presse. Die Presse ist — wie die Kämpfe um die Pressefreiheit zeigen — die erste große geistige Bewegung, die die Kulturwelt kennt. Nicht zu Unrecht wird die Presse deshalb eine Großmacht genannt. Die Arbeiterbewegung hat dies schon in ihren frühesten Anfängen erkannt.

Immer mehr ist das geschriebene und gedruckte Wort in die vorderste Front des Meinungskampfes getreten und schließlich zu einem mächtigen Kampfmittel geworden. Heute gibt es keine Gewerkschaft und keine Vereinigung von Bedeutung ohne ein „Organ“, ohne eigene Zeitung. Das geschriebene Wort bietet die Möglichkeit zu einer Vertiefung ganz eigener Art. Mittels

des gedruckten Wortes kann man zu jeder Stunde, zu jedermann, zu Hunderttausenden, ja zu Millionen reden. Jeder einzelne kann zu der ihm genehmen Stunde das gedruckte Wort auf sich wirken lassen, denn es verhallt nicht von sich aus; es kann jederzeit durch die Sehkraft des Auges zu neuem Klang moduliert werden.

Diese Eigenschaften kann sich auch der nicht Redegewandte zunutze machen. Durch das Mittel der Schreib- und Buchdruckerkunst kann auch er an der Lösung der Probleme mitarbeiten. Wenn er die Grundbegriffe des Schreibens beherrscht und in seine Gedanken Klarheit zu bringen versteht, dann soll ihm die „Bundes-Tribüne“ zur Verfügung stehen, die wir nun als eine neue Einrichtung im Rahmen unseres „Grundstein“ errichten.

Auch für die „Bundes-Tribüne“ muß der Grundsatz gelten, daß sich der Meister in der Beschränkung zeigt. Der Raumangel der Schriftleitung ist chronisch. Deshalb werden auch bei der Redigierung der Beilage „Bundes-Tribüne“, der jeweils nur eine „Grundstein“-Seite zugestanden werden kann, der viel gefürchtete Rotstift und die gehäßte Redaktionschere nicht in den Ruhestand gehen können. Das werden sie schon deshalb nicht können, weil vielfach dieselben Gedanken und Anregungen von mehreren Kollegen ausgesprochen werden. Schließlich muß auch bei der „Bundes-Tribüne“ eine Geschäftsordnung gelten. Ihr erster Grundsatz soll sein: In der Kürze steckt die Würze.

Alle, die guten gewerkschaftlichen Willens sind, dem allgemeinen Besten und dem Wohle unseres Bundes wie auch der gesamten Arbeiterbewegung zu dienen, können, wenn sie glauben, zu dem jeweiligen Thema etwas zu sagen zu haben, die „Bundes-Tribüne“ besteigen und der Bundesöffentlichkeit ihre Anregungen und Gedanken verkünden. Die „Bundes-Tribüne“ soll sein ein neuer, durchaus geistiger Mittelpunkt unseres Bundeslebens. Vorzugsweise sollen Themas gewerkschaftlichen Charakters erörtert werden. Aber die Gewerkschaftsbewegung steht nicht losgelöst in den großen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Vorgängen unseres staatlichen Lebens. Deshalb sollen auch Themen allgemeiner politischer Art zur Aussprache gestellt und eingehend das Für und Wider unter dem Gesichtspunkt der Förderung unserer Bestrebungen erörtert werden. Zunächst stellen wir drei höchst aktuelle Fragen zur Aussprache:

- „Zeitgemäße Werbearbeit für unseren Bund“, „Der Wert der Tarifverträge“, „Für und wider Akkordarbeit“.

Weitere Themas werden von der Schriftleitung zur Aussprache gestellt.

Nun hinauf auf die „Bundes-Tribüne“, wer zu den Themas Wesentliches und Grundsätzliches zu sagen hat. Einsendetermin für das erste Thema ist der 15. Juni, für das zweite der 15. Juli und für das dritte Thema der 15. August. Die für die „Bundes-Tribüne“ geeigneten Gedanken und Arbeiten werden in entsprechender Reihenfolge der Themas in den Nummern 26, 30 und 35 des „Grundstein“ veröffentlicht.

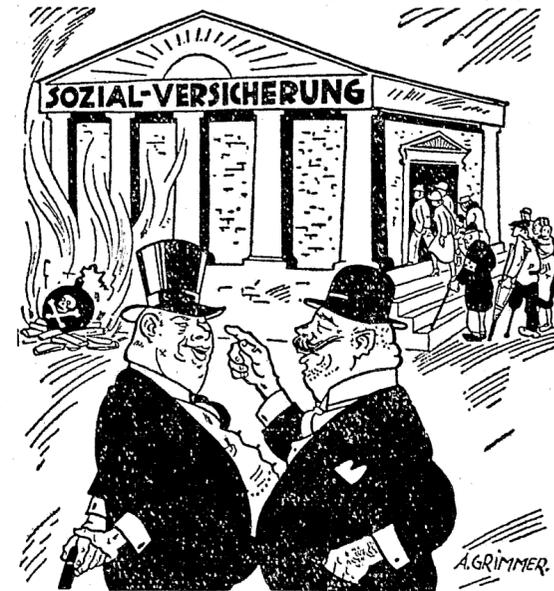
Der zweite Teil des Brauns-Gutachtens.

Die Gutachter-Kommission zur Arbeitslosenfrage hat den zweiten Teil ihres Gutachtens veröffentlicht: Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Arbeitsbeschaffung. Er enthält einleitend eine konzentrierte Darstellung der Weltkrise, die dem Theoretiker und Wissenschaftler wahrscheinlich viel Freude machen wird. Leider wird der Praktiker des Wirtschaftslebens über die Vorschläge zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Arbeitsbeschaffung nicht die gleiche Freude empfinden. Wir sind keineswegs ein Teil jenes berühmten Interessentenhaufens, der nicht fähig ist, wirtschaftliche Dinge vom volkswirtschaftlichen Standpunkt beurteilen zu können. Dies vorausgeschickt möchten wir zunächst sagen, daß die Vorschläge der Gutachter-Kommission zur Arbeitsbeschaffung auf dem Gebiete des Verkehrswezens sehr stark unter dem Einfluß der Deutschen Reichsbahngesellschaft gestanden haben müssen. Die Kommission spricht aus, daß sie nicht empfehlen könne, die Anlage von großen innerdeutschen Durchgangsstrecken für den Fernverkehr mit öffentlichen Mitteln zu fördern, da sie mit der Eisenbahn in Wettbewerb treten würden. Ebenso seien Kanalbauten abzulehnen, wenn sie nicht auch für andere Zwecke, z. B. für die Landeskultur, oder mit großem Kapitalaufwand bereits begonnen und bei Einstellung der Arbeiten dem Verfall ausgeheft sind. — Man spürt deutlich das Bestreben, der Reichsbahn die Konkurrenz der Schiffsfahrtswege und Autostraßen vom Halbe zu schaffen. Wir sind auch aus volkswirtschaftlichen Gründen nicht überzeugt, daß man Wasser- und Autostraßen verdammen müsse. Mögen sie einseitigen unwirtschaftlich sein, sie werden höchstwahrscheinlich im Laufe der Zeit nicht nur — wie schon heute — die billigsten Frachtverkehrswege, sondern auch die rentabelsten sein. Wäre es anders, dann müßten die Planer des Mittelkanals, des Weiser-Ems-Kanals und aller anderen Kanäle, die das deutsche Wirtschaftsgebiet durchziehen und die einzelnen Wirtschaftsgelände durch Großfrachtwege miteinander verbinden, große Esel gewesen sein. Auf alle Fälle fordern wir, daß begonnene Wasserstraßenbauten schon wegen der darin bereits investierten Millionen auch zu Ende gebaut werden. Keineswegs darf sich die hier und da bemerkbar machende Auffassung weiter ausbreiten, daß das Wiederzuschütten bereits erbauter Kanalstrecken billiger oder „wirtschaftlicher“ sei als die Weiterführung des Kanalbaues. Die Gutachter-Kommission hätte auch die Bedeutung des Baues von Autostraßen für das künftige Verkehrsleben schärfer hervorheben müssen. Der Gütertransport durch Autos ist in der letzten Zeit so stark gewachsen und wird sich auch weiterhin ausdehnen wegen seiner größeren Beweglichkeit, daß der Bau von Autostraßen praktische Politik auf weite Sicht bedeutet, was nur zugunsten der Wirtschaft ist. Die von der Gutachter-Kommission gemachten Vorschläge für landwirtschaftliche Meliorationen werden nur dann von Erfolg sein, wenn die Durchführung dieser Maßnahmen begleitet wird von einem Abbau der schiefen Zollpolitik. Diese Zollpolitik schädigt nur den Großgrundbesitz, den Körnerbau, schädigt aber die fleisch- und fetterzeugende Landwirtschaft, besonders durch die hohen Futtermittel- und Roggenzölle. Unter allen Umständen ist zu fordern, daß die Futtermittel- und Roggenzölle abgebaut werden. Schon

heute stehen Eier- und Futtermittelpreise in einem so starken Gegensatz, daß sich die Eierzeugung in Deutschland nicht recht lohnt. Dabei könnten wir bei einer vernünftigen Agrarpolitik den gesamten Eierbedarf durch deutsche Erzeugung sicherstellen! Heute müssen viele Millionen allein für Eier an das Ausland gezahlt werden. Bei den heute geltenden hohen Zöllen werden alle Meliorationen unrentabel bleiben. Wichtiger ist, die Landwirtschaft organisierter zu bewirtschaften, dann könnte schon in verhältnismäßig kurzer Zeit viel mehr gewonnen werden als durch Meliorationen. Wir sind keineswegs gegen Meliorationen; aber der schnellste Weg zur Behebung der Agrarkrise ist und bleibt die wirtschaftliche Betriebsführung in der Landwirtschaft.

Die Kommission empfiehlt, die Landesarbeitsämter darauf hinweisen zu lassen, daß bei den Meliorationen einer der Ausnahmefälle vorliegt, in denen die Höhe des Notstandsarbeiterlohnes nach § 139 Abs. 4 WZVG besonders festgesetzt werden kann. Worauf dies hinaus soll, ist aus dem Abschnitt „Arbeitsbeschaffung unter Zuhilfenahme öffentlicher Mittel“ zu ersehen. Dort heißt es, „es sei durchaus in Ordnung, Erwägungen anzustellen, wie die Löhne dem Wert der Arbeiten angepaßt und mit Rücksicht auf die öffentlichen Leistungen geregelt werden können, ohne daß der sozialpolitische Charakter der Maßnahmen gestärkt werde“. Wenn man von dem letzten Absatz absieht, der weiter nichts als sozialpolitisch sein sollendes Ge-

Die Sozialversicherung ist in Gefahr!



Ob es uns gelingt?

bimmel ist, dann bedeuten solche Erwägungen nichts anderes, daß die Kommission es „durchaus in Ordnung“ finde, wenn die Tarifverträge sabotiert werden. Wir bedauern sehr, daß eine Kommission, der die Aufgabe gestellt worden ist, die Arbeitslosenfrage mit lösen zu helfen, sich auf solche Abwege begeben hat.

Die Brauns-Kommission hat auch zur Wohnungs-wirtschaft Stellung genommen. Im Gegensatz zu dem vorher Gesagten ist erfreulich, daß sie u. a. zu Auffassungen kommt, die denen entsprechen, die wir stets vertreten haben. Wie oft ist nicht in den letzten Monaten der Ruf nach Aufhebung der Zwangswirtschaft erhoben worden, wie oft hat man nicht nach der „freien“ Wirtschaft gerufen, und jetzt muß auch diese Kommission, deren Mitglieder unseres Wissens restlos auf dem Boden des Privateigentums stehen, über die Wohnungswirtschaft folgendes ausführen: „Neben ihren großen Erfolgen in der Bekämpfung der Wohnungsnot hat die öffentliche Förderung des Wohnungsbaues in den vergangenen Jahren — sowohl in ihrem Umfang wie in der Verteilung der Mittel auf die einzelnen Wohnungsgelände und die Wohnungsstandorte — und die damit zusammenhängende Ausdehnung des Baugewerbes auch ihre Schattenseiten gehabt. Gleichwohl ist ein zu Schroffer Bruch mit der früheren Praxis, dem Wohnungsbau in großem Umfang öffentliche Mittel zuzuführen, zu vermeiden. Der Rückgang der Industriebauten und der Bauftätigkeit für öffentliche Zwecke wird ohnehin zu einer so starken Steigerung der Arbeitslosigkeit im Baugewerbe führen, daß alles getan werden muß, um diese Steigerung in auch nur einigermaßen erträglichen Grenzen zu halten. Hinzu kommt, daß der Wohnungsbau in früheren Konjunkturperioden die bedeutsame Funktion gehabt hat, durch Einschränkung in der Hochkonjunktur und Wiederausdehnung im Konjunkturierniedergang die Konjunkturschwellen zu mildern. Diese Stellung des Wohnungsbaues ist durch die große Ausdehnung der Bauftätigkeit der vergangenen Jahre unter dem Druck der Wohnungsnot und der Arbeitslosigkeit in ihr Gegenteil verkehrt worden. Dieser Schaden würde noch vergrößert werden, wenn der Wohnungsbau in der gegenwärtigen Periode des Konjunkturierniedergangs allzu stark eingeschränkt werden würde. — Auch wer die Notwendigkeit betont, das System der durch öffentliche Mittel subventionierten Bauftätigkeit allmählich wieder in das privatwirtschaftliche System der Vorkriegszeit zu überführen, kann sich der Einsicht nicht verschließen, daß im Augenblick wegen der Höhe der Zinsätze und der Baukosten die Unterstützung des Wohnungsbaues durch öffentliche Mittel nicht entbehrt werden kann.“

Die Gutachter-Kommission ist auch in der Frage der Auslandsanleihen zu einer Auffassung gekommen, die der von den Gewerkschaften stets vertretenen entspricht. Über Herr Dr. Schacht, Reichsbankpräsident unfeigen Andenkens, verstand es, sich mit Erfolg gegen die Hereinnahme von Auslandskrediten für die Gemeinwirtschaft zu wenden. Heute spricht die Gutachter-Kommission aus, daß für die Ankurbelung der Wirtschaft Auslandskapital herangezogen werden muß. „Diese Lage zwingt dazu, der durch äußere Umstände gehemmten Initiative der Privatwirtschaft dadurch zu Hilfe zu kommen, daß durch eine Kapitalwerbung auf Grund öffentlichen Kredits neue Arbeitsgelegenheiten geschaffen wird, die ihrerseits ausstrahlt auf Beschäftigung und Absatz der deutschen Gesamtwirtschaft. Das natürliche Betätigungsfeld werden dabei solche Aufträge sein, die sich für eine zentrale Planung eignen, dauernden volkswirtschaftlichen Wert besitzen und durch ihren Ertrag das aufgewandte Kapital lohnen. Sollen Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung nicht nur eine zeitweilige Milderung der Arbeitslosigkeit, sondern darüber hinaus eine Belebung der Gesamtwirtschaft bringen, die einer wachsenden Zahl von Arbeitskräften zugute kommt, so muß es sich um weitreichende Pläne und Einfluß großer Mittel handeln. Die Durchführung eines solchen Programms bedingt keineswegs, daß das Kapital an anderer Stelle der deutschen Wirtschaft entzogen wird, vielmehr soll Kapital nutzbar gemacht werden, welches ohne diese Maßnahmen nicht zur Verfügung stehen würde. Da in Deutschland die Aufnahme von Kredit zur Zeit in ausreichendem Maße nicht möglich ist, muß Auslandskapital, vorausgesetzt, daß es zu erträglichem Zinsfuß zu erhalten ist, herangezogen werden.“ — Das ist eine so glänzende Rechtfertigung der stets von uns vertretenen Auffassungen, wie man sie nicht besser wünschen kann.

Trotzdem sind wir nicht optimistisch genug, den bisher geleisteten Arbeiten der Gutachter-Kommission zustimmen zu können. Auch der zweite Teil des Gutachtens hat, wie der erste, nicht Neues, nicht Hoffnungsberechtigtes gebracht. Die wesentlichen Mängel haben wir aufgezeigt. Aber auch als Ganzes gesehen, trotz zweier erfreulicher Erkenntnisse, ist die Arbeit der Gutachter-Kommission eine gute Doktorarbeit; mehr aber nicht. Das Grundübel unserer Krise in der kapitalistischen Wirtschaft kann man nicht beseitigen, indem man an den Symptomen herumdoktert, sondern man muß den Mut haben, endlich zu erklären und zu fordern, daß an der privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung erhebliche Operationen vorgenommen werden von Leuten, die in erster Linie an das Gemeinwohl denken. Das Allgemeinwohl kann man nun einmal nicht fördern, wenn man auf dem Boden der Privatwirtschaft stehen bleibt, und um alles in der Welt nicht an den dreimal geheiligten privatwirtschaftlichen Grundfäßen rütteln lassen will. Es ist schon so oft gesagt worden, wo die Dinge anzupacken sind, daß wir nicht annehmen können, dies sei der Gutachter-Kommission unbekannt. Wenn sich die verantwortlichen Körperschaften in Deutschland nicht aufrufen, energische Maßnahmen zur Sanierung und Belebung der Wirtschaft zu treffen, dann wird ganz bestimmt die Arbeit dieser Gutachter-Kommission ebenso verlaufen wie effliche ihrer Vorgänger, ohne jedes praktische Ergebnis. Mit schönen ethischen Erklärungen, wie sie etwa im 4. Abschnitt des zweiten Teiles des Gutachtens gegeben werden, wo man von einem freiwilligen Arbeitsdienst spricht, um dem Arbeitslosen „die Möglichkeit zu geben, das Gefühl zu befestigen, er sei „überflüssig“, ist nichts getan. Es ist nun einmal so, daß dem Menschen nicht die Arbeitsleistung allein das Gefühl geben kann, „trotz Arbeitslosigkeit ein nütliches Glied der Gesellschaft zu sein“, sondern er muß es auch wirklich verspüren, daß seine Arbeitsleistung ihm vorwärts bringt. Erst dann wird die Arbeitsbeschaffung für ihn von wirklichem Wert sein!

Zweck und Ziel der sozialen Gerichtshilfe der Arbeiterwohlfahrt.

Fast fünf Millionen arbeitsfähige Menschen sind arbeitslos, verbringen die Tage in Verzweiflung und Sorge. Millionen von Kindern der Erwerbslosen verlangen von ihren Eltern Kleidung und Brot. Hunderttausende Jugendliche beiderlei Geschlechts warten auf eine Beschäftigung und fallen den Eltern und Erziehern zur Last. Im jugendlichen Uebermut, geplagt von der Langeweile, kommen sie sehr leicht mit den Gesetzen staatlicher Ordnung in Konflikt. In ungesunden, überfüllten Wohnungen hausen teilweise mehrere Familien in einem oder höchstens zwei Räumen. Nothucht, Sittlichkeitsverbrechen und Abtreibung sind die Folgen. Feierschichten und Kurzarbeit schmälern den schon kargen Verdienst und bringen viele Familien in unerträgliche Schulden. Dieses Massenelend treibt gar leicht zu einer Ueberforderung der Gesehe, führt zu einer politischen Verwirrung und Stärkung der radikalen Parteien. Messerfehchereien, ja Morde sind an der Tagesordnung. Die Polizei und die Gerichte arbeiten mit Hochbetrieb. Raum bleibt Zeit, das Leben des Gestrauhten so zu erforschen, daß Schuld und Vergeltung im richtigen Verhältnis zueinander stehen. Es ist daher nur zu begrüßen, daß sich die soziale Gerichtshilfe in der letzten Zeit immer mehr entfaltet und dadurch die gewaltigen Schäden heilen hilft, die Krieg, Inflation und die Massenarbeitslosigkeit dem deutschen Volkskörper zugefügt.

Es ist eine Tatsache, daß das Strafrecht zeitbedingt ist, und daß auch in ihm die Auffassung der herrschenden Klasse im Staate zum Ausdruck kommt. Nicht mit Unrecht bekämpft die vorwärtsstrebende Arbeiterchaft diese Klassenjustiz, die auf den Prinzipien der Vergeltung und der Abschreckung aufgebaut ist und verlangt, daß endlich im neuen Strafgesetzbuch der Gedanke der Erziehung zum freien und verantwortungsvollen Menschen, als einzigen Sinn der Strafe, in den Vordergrund gerückt wird. Die Methoden und das Verfahren der gesamten Strafrechtspflege, angefangen bei der Erfassung des strafbaren Tatbestandes, der Beurteilung des Strafmaßes und nicht zuletzt bei der Art des Strafvollzuges müssen sich wandeln. Das hat selbstverständlich zur Grundbedingung, daß auch die Stelle des Richters eine Umstellung erfährt. Sein Urteil soll nicht — eingeeengt durch die Vorschriften der starren Paragrafen — diktiert, sondern den Bedürfnissen des Einzelfalles individuell angepaßt sein. Nicht mit der Tat, sondern mit dem Täter muß sich in der Zukunft die Strafrechtspflege in erster Linie befassen.

Die schon seit vielen Jahren bestehende Entlassenenfürsorge der Gefängnisgesellschaften, eine Anzahl mutiger Gefangenensürsorger und nicht zuletzt die Tätigkeit der Arbeiterwohlfahrtsorganisation verschaffen dem Erziehungsdenken im Strafvollzug eine immer größere Verbreiterung. Bei den jugendlichen Straffälligen, die man als das geeignetste Objekt ansah, wurde durch die Gesetzgebung im Reichsjugendwohlfahrtsgesetz und im Jugendgerichtsgesetz für Jugendliche im Alter von 14 bis 18 Jahren (im Einverständnis mit dem Staatsanwalt bis 21 Jahren) mit dieser Reform begonnen. Diese schon gut ausgearbeitete Jugendgerichtshilfe kann trotz mancher Mängel der sozialen Gerichtshilfe für Erwachsene vorbildlich zur Seite gestellt werden.

Die soziale Gerichtshilfe für Erwachsene ist leider noch nicht gesetzlich verankert. Es liegt lediglich eine amtliche Anerkennung in einer Verfügung des preussischen Justizministers vom 8. März 1926 (GMBL 1926 S. 88) über die Strafzumessung vor. In dieser Verfügung, die an die Staatsanwaltschaft gerichtet ist, wird gefordert, daß in jedem Strafverfahren die Persönlichkeit des Täters erforscht und über sein Vorleben, seine persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse bei der Tat Ermittlungen angestellt werden sollen. Nicht zuletzt soll die voraussetzliche Wirkung der Verurteilung und Strafvollstreckung auf den Täter, und wenn er verheiratet ist, für seine Familie in Betracht gezogen werden. Diese Ermittlungen werden überall da, wo eine soziale Gerichtshilfe für Erwachsene besteht, von deren Helfern durchgeführt. Der Straffällige wird in der Wohnung oder in der Untersuchungshaft aufgesucht, seine Mitarbeiter und, wo es notwendig erscheint, sein Unternehmer gehört und die Familie beireut. Damit ist die Tätigkeit dieser ehrenamtlichen Helfer keineswegs erschöpft. Sie haben vielmehr im Falle einer Verurteilung (etwa mit Bewährungsstrafe oder einer Strafaussetzung) dem Verurteilten beizustehen und auf Verlangen einen Führungsbericht abzugeben. Bei den Gefängnisstrafen verbleibt dem Helfer die Aufgabe der Mitwirkung an Erhebungen, an Gesuchen um Strafaufschub, Strafurlaub, vorläufige Enklaffung und Umwandlung der Gefängnisstrafe in eine Geldstrafe. Auch die Frage der Arbeitsbeschaffung spielt eine erhebliche Rolle.

Die soziale Gerichtshilfe wird durch folgende Verbände ausgeübt: Arbeiterwohlfahrt (GPD), Innere Mission (evangelisch), Caritasverband (katholisch), Jüdisches Wohlfahrtsamt, Wohlfahrtsverband (interkonfessionell) und durch den Wohlfahrtsausschuß der christlichen Gewerkschaften. — Dem Beschuldigten steht es frei, aus den am Ort tätigen Verbänden einen zu wählen, der für ihn tätig sein soll. Der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiterchaft dürfte die Wahl unter den genannten Verbänden nicht schwer sein. Die Arbeiterwohlfahrt — nach dem Ausspruch des ersten Reichspräsidenten, Friedrich Ebert, ist sie die soziale Selbsthilfe der Arbeiterchaft — wird auch auf diesem so wichtigen Gebiete ihre Aufgaben zum Wohle der Menschheit erfüllen.

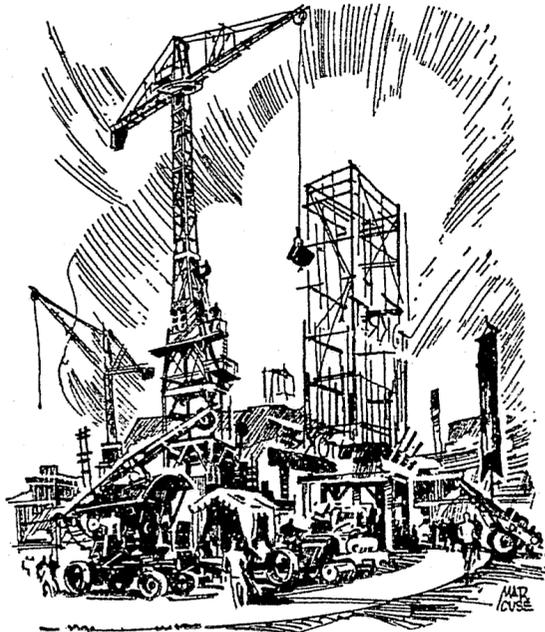


Ich bin ein freier Mann
und frage,
Was kümmert mich der
Weltenlauf?
Wenn ich mich auf das Lindcar
schwinge,
Hält mich nicht Gott und
Teufel auf

Deutsche Bauausstellung.

Am 9. Mai ist in Berlin die Deutsche Bauausstellung eröffnet worden. Sie war, wie alle Ausstellungen, am Tage der Eröffnung erst halb fertig. In der Geschichte des Bau- und Wohnungswezens ist die Bauausstellung Berlin ein internationales Ereignis. Nicht weniger als 22 ausländische Staaten, in letzter Stunde auch China und Spanien, sind an der Ausstellung beteiligt. Die Größe der Ausstellung ergibt sich aus der Tatsache, daß die Ausstellungswege, aneinandergereiht, eine Länge von 12 km ergeben. Die Ausstellungsfläche beträgt 130 000 qm. Die Ausstellung zählt 70 Gebäude.

Die Deutsche Bauausstellung will die grundlegende geistige und wirtschaftliche Wandlung unserer Zeit im Bau- und Wohnungswezen sichtbar machen und den Baugedanken in das Volk tragen. „Ein Volk, das nicht baut, lebt nicht.“ Das ist der Grundgedanke, von dem sich die Führer wollen leiten lassen. Die Ausstellung soll mit dazu beitragen, neuen Bauwillen und neue Baugesinnung zu formen, sowie neue und verbesserte Bautechnik und -formen zu fördern, um damit nicht nur werbend und abfasssteigernd, sondern auch erzieherisch zu wirken. Im Verein Bauausstellung, dem Veranstalter, sind die Spitzenverbände der Bauwirtschaft zusammengeschlossen, die zusammenarbeiten mit der Stadt Berlin und Vertretern der Wissenschaft, Kunst und Wirtschaft. Der Raum-, Zeit- und Geldnot trägt die Ausstellung Rech-



nung und versucht, die geistige und wirtschaftliche Wandlung unserer Zeit hinsichtlich der Wohnbedürfnisse aller Bevölkerungsschichten herauszustellen. Die Ausstellung gliedert sich in folgende einzelne Abteilungen: „Internationale Ausstellung für Städtebau und Wohnungswezen“, „Das Bauwerk unserer Zeit“, „Die Wohnung unserer Zeit“, „Das neue Bauen“, „Sonderausstellung für landwirtschaftlichen Bau“, „Garagenausstellung“ und „Das Lehrwezen auf der Bauausstellung“. Die Verbände der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiterchaft sind u. a. durch die Arbeiterbank, die Demoa, den Verband sozialer Baubetriebe und einige Verbände der baugewerblichen Arbeiter, darunter den Baugewerksbund, den Fabrikarbeiterverband und den Dachdeckerverband, vertreten. Die Ausstellung bleibt bis zum 2. August geöffnet. Wer nach Berlin kommt, sollte nicht veräumen, sie zu besuchen.

Deutsche Unternehmer importieren „soziale Einrichtungen“ aus Amerika.

Vor kurzem hat in Deutschland die Adam Opel für ihre Werksangehörigen eine Gruppen-Lebensversicherung abgeschlossen, der 90 % der Belegschaft beitreten. Die „Volksfürsorge“, das Organ der gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Versicherungsaktiengesellschaft, nimmt in einem längeren Aufsatz zu dieser Versicherungsart Stellung. Der Plan eines „Versicherungsimports“ verdient angesichts der Tatsache, daß hinter ihm die größte Lebensversicherungsgesellschaft der Welt, die Metropolitan Life Insurance Company of New York steht, sowohl vom sozialpolitischen als auch vom Versicherungswirtschaftlichen Standpunkt aus Interesse. Was sich jenseits des Ozeans beim Fehlen der staatlichen Sozialversicherung „bestens bewährt“ hat, braucht noch lange nicht berufen zu sein, als neue „soziale Einrichtung“ nach Deutschland verpflanzt, oder aber — wie zu erwarten war — der Belegschaft mancher Betriebe aufoktroiert zu werden.

In dem Aufsatz der „Volksfürsorge“ wird der Wert der Gruppenversicherung für die Versicherten selbst, und zwar gemessen an dem Wert der regulären Lebensversicherung dargelegt. Es wird u. a. gesagt: „Bei der Beurteilung des Wertes einer Lebensversicherung darf niemals die Kostenfrage allein entscheidend sein. Was nützt den Versicherten und ihren Hinterbliebenen eine Lebensversicherung, und wäre sie noch so billig, wenn nicht eine absolute Gewißheit dafür besteht, daß der benötigte Versicherungsschutz im entscheidenden Augenblick auch wirklich vorhanden ist und nicht von Umständen abhängt, die der Willkür fremder Personen unterworfen sind? In dieser Hinsicht birgt die Gruppenversicherung so ungeheure Gefahren in sich, daß man im Interesse der Arbeiter und Angestellten zu ihrer grundsätzlichen Ablehnung kommen muß. Der Gruppenversicherte genießt den Versicherungsschutz nur, solange er sich in den Diensten des betreffenden Unternehmens befindet. Welcher Arbeiter aber hat die Gewißheit, daß er bis zu seinem Tode oder bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres, also meistens Jahrzehnte hindurch, in demselben Betriebe beschäftigt sein wird? Ganz abgesehen davon, daß mancher freiwillig seine Stellung aufgibt, um sich zu verbessern, mancher aus irgendwelchen persönlichen Gründen entlassen wird und mancher nach einer Krankheit nicht auf seinen Posten zurückkehrt, kann angesichts der immer

wieder eintretenden Wirtschaftskrisen und Massenarbeitslosigkeit kein Arbeiter oder Angestellter wissen, ob der Unternehmer gerade ihn bis zum letzten Augenblick behalten wird. Weiß er denn überhaupt, ob die Firma bei seinem Tode noch existiert? Und was geschieht, wenn der Unternehmer eines Tages von seinem einseitigen Recht Gebrauch macht, die Gruppenversicherung aufzugeben, oder — was daselbe bedeuten würde — die Bedingungen derart abzuändern, daß sie für die Versicherten unannehmbar werden?

Die Anhänger des amerikanischen Systems werden nun sagen, daß die Gruppenversicherung durchaus kein Ersatz, sondern nur eine segensreiche Ergänzung der regulären Lebensversicherung sein soll, und daß die Geringfügigkeit seines Prämienanteils dem Arbeiter gestatte, noch eine angemessene Einzelversicherung abzuschließen. — Das ist theoretisch recht gut. In der Praxis aber liegen die Dinge wesentlich anders. Die im wirtschaftlichen Denken wenig geschulten Menschen wiegen sich in eine an Verblendung grenzende falsche Sicherheit über die Zuverlässigkeit ihres Versicherungsschutzes ein und sie werden zu einer folgenreicheren Abneigung gegen den Abschluß einer ordentlichen Lebensversicherung verführt. Wie viele Familien dadurch in Not geraten und welches Volksvermögen durch die Abdrosselung der mit der regulären Lebensversicherung verbundenen Sparsamkeit verlorengeht, ist auch nicht annähernd zu sagen. Wir müssen also aus denselben Gründen die Gruppenversicherung ablehnen, wie die unheilvolle Abonnementversicherung.

Diese Stellungnahme des Organs der gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Versicherungsaktiengesellschaft ist klar und deutlich. Sie kann noch ergänzt werden durch den Hinweis auf die sozialpolitischen und wirtschaftlichen Gefahren für die Arbeiterchaft, die mit der Verbreitung der Gruppenversicherung aufstehen werden. Es eröffnet sich nicht zuletzt die Aussicht, daß später die Unternehmer unter Hinweis auf die finanzielle Sicherung der Arbeiter durch die Gruppenversicherung eine starke Einschränkung der Sozialversicherung fordern.

Wie die Firma Opel für ihre Gruppenversicherung wirbt, geht aus einem Schreiben hervor, das uns ein Vertrauensmann der Volksfürsorge übermittelt. In dem Schreiben heißt es u. a.: „Von den einzelnen Betriebsleitern wurde ein gewisser Zwang ausgeübt, der Gruppenversicherung beizutreten. Einer unserer Vertrauensleute wurde nach seinen Angaben in die Abteilung Hofarbeit, also eine minderwertige Arbeitsstelle, versetzt; den anderen Werksangehörigen wurde zum Teil gesagt: „Wenn ihr nicht beitrete und es kommt wieder eine Krise, wissen wir auch, was wir zu tun haben.“ Einem anderen Mitarbeiter wurde von dem ihm bekannten Meister gesagt: „Damit du voll arbeiten kannst, habe ich dich aus der anderen Abteilung geholt und du willst den Beitritt verweigern?“

Wenn man darauf für eine angeleglich gute Sache werden muß, dann kann es mit ihrer Güte nicht allzumeif her sein. Der Beitritt zu einer Gruppenversicherung kann keineswegs empfohlen werden; es ist im Gegenteil größte Zurückhaltung angebracht.

Das Baugewerbe in der Berufsberatung.

Die Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung bei den Arbeitsämtern ist auch im Geschäftsjahr 1929/30 wieder stark in Anspruch genommen worden. Der Andrang war wegen der allgemeinen Verschlechterung der Wirtschaftslage erheblich größer als im Vorjahre. Nicht allen Ratsuchenden konnte eine offene Stelle nachgewiesen werden, in vielen Berufen, besonders bei den Konditoren und Brauereien, standen dem starken Angebot nur wenig offene Stellen gegenüber. Insgesamt wurden die Einrichtungen der Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung von 227 000 männlichen und 172 000 weiblichen Ratsuchenden in Anspruch genommen. Offene Stellen waren für männliche 137 000, für weibliche 60 000 gemeldet, vermittelt wurden 87 200 männliche und 46 600 weibliche Personen.

Im Baugewerbe standen 20 319 Ratsuchenden 11 505 offene Stellen gegenüber, nur 8224 wurden vermittelt. Auf die einzelnen Berufe verteilen sich diese wie folgt:

Beruf	Ratsuchende	Offene Stellen	Vermittelt
Maurer	7450	1895	1552
Maler und Anstreicher	6726	5511	4018
Lackierer	808	817	619
Zimmerer	1714	1075	636
Glaser	417	789	424
Dachdecker	543	358	232
Ofenseher	684	427	270
Schornsteinfeger	446	127	105
Steinseher	673	203	179
Stukkateure	482	125	89
Betonfacharbeiter	87	84	50
Sonstige Berufe	289	84	70

Am ungünstigsten steht das Verhältnis der Vermittelten zu den Ratsuchenden bei den Maurern und Stukkateuren. Groß ist hier der Andrang, aber nur wenige offene Stellen sind frei. Auch bei den Töpfern und Dachdeckern überwiegt das Angebot bedeutend die Nachfrage; ebenso bei den Malern, Zimmerern und Steinsehern, dagegen ist bezeichnenderweise bei den Glasern das Stellenangebot größer als die Zahl der Ratsuchenden.

Im ganzen bieten die Ziffern kein günstiges Bild, sie sind Ausdruck der Wirtschaftskrise und zeugen davon, daß viele ihre Hoffnungen auf Berufe setzen, die überfüllt sind und in denen eine große Arbeitslosigkeit vorhanden ist. Auch glaubt mancher, der nicht das Zeug dazu in sich hat, einen dieser Berufe erlernen zu müssen, ihm fällt es nachher doppelt schwer, fortzukommen. Die Berufswahl ist heute eine schwierige Frage; wer nicht die Eignung für den in Aussicht genommenen Beruf hat, soll lieber die Finger davonlassen. Die Erfahrungen lehren auch, daß die Berufe mit höherem Lohnniveau immer stärker bevorzugt werden, wobei freilich der größte Teil sich keine Gedanken darüber macht, woher es wohl kommt, daß diese Berufe besser bezahlt werden. Es muß den Neulingen immer nachdrücklich gesagt werden, daß die gewerkschaftliche Organisation für die bessere Bezahlung gesorgt hat.

Gelezene Nummern des „Grundstein“ werfe man nicht fort, sondern gebe sie seinem unorganisierten Arbeitskollegen!



Unterhaltung und Wissen



Das Pfingstfest und die Arbeiterbewegung.

In der Geschichte der Apostel (2. Kap.) lesen wir: Sie fingen an mit Feuerzungen zu reden. Ein jeglicher hätte sie reden in seiner Sprache. Sie entsetzten sich aber alle miteinander und wunderten sich und sprachen: Stehe, sind das nicht alle Galliläer, die da reden? Wie hören wir denn ein jeglicher seine Sprache, darin wir geboren sind? Parther und Meder und Elamiter, und die da wohnen in Mesopotamien, im jüdischen Land und in Cappadocien, in Ponten und Asien... Diese Leute sind voll süßen Weines.

Die Apostelgeschichte, die uns über die „Ausgießung des heiligen Geistes“ erzählt, ist, wie so vieles im Alten und Neuen Testament, symbolische Problematik.

Geschichte wiederholt sich vielfach. Christus, der das tiefe Elend seiner Klassengenossen in Galiläa, die Ungerechtigkeiten einer Gesellschaftsordnung der Privilegien erkannte, Wechsler, Händler und Zwischengewinnler aus dem Vorhof des Tempels verjagte, und als Ursache allen Leides die fehlende Liebe zum Nächsten sah, galt den Gewalthabern seiner Zeit, den Besitzbürgern, als Revolutionär, als Aufwiegler der Arbeitsbürger gegen die bestehende „göttliche Ordnung“, die den Besitzenden weltlicher, militärischer und geistlicher Herkunft alle Vorrechte verlieh. Darum ließen diese Gewaltbesitzer Jesus Christus zu gleicher Stunde ans Kreuz schlagen, da sie Diebe und Mörder kreuzigten.

Das war zu allen Zeiten und bei allen Völkern der Erde so, daß die Neuerer, die Träger einer neuen Idee, von den Konservativen, den Besitzbürgern verfolgt, gelyncht, gesteinigt und gekreuzigt wurden. Leider standen den Besitzenden Arbeitsbürger zur Seite, die sich nicht loszulösen vermochten von den Einflüssen veralteter Erziehungsformen, die die Besitzenden zur Dummhaltung der Masse der Arbeitenden aufgestellt hatten. Hätten die arbeitenden Klassen zu Christi Zeit, die Abhängigen und Hörigen, eingeschlossen die römischen Landsknechte, den tieferen Sinn der Idee Christi begriffen, sie hätten Christus nicht gekreuzigt, hätten ihm, dem großen Revolutionär aller seitherigen religiösen Begriffe (religiös im Sinne von Ethik, Sitte), Hosianna zugerufen und hätten die Wechsler, die militärischen und klerikalen Gewalthaber und Kaiphasse und Pilatusse, an Christi Statt neben den Schächern Titus und Damocanus an das Antoniuskreuz geschlagen.

Da aber der „Unverstand der Massen“ schon zu Christi Zeit der schlimmste Feind jeglichen Aufschwungs war, wandten sich die hörigen Landsknechte nicht gegen ihre eigentlichen Feinde, die Gewalthaber, sondern gegen den, der sie aus ihrer Hörigkeit befreiten, aus der Tiefe der Höhe zuführen wollte.

Das ist die Pfingsttragik aller Zeiten und Völker, daß den Gedankenlosen und Ergebundenen die Apffel in fremden Jungen zu reden scheinen, dem Gedankenflug hoher, sittlicher Idee nicht zu folgen vermögen, um dann von den Aposteln zu sagen: „Diese Leute sind voll süßen Weines!“

Diese Phantaste- und Gedankenlosen merken nicht, daß eine verdummende Erziehung mit dem einzigen Ziel der Hörigkeit und der Ausbeutung, des Strammhaltens vor alten Höhenbildern, ihnen die Aufnahme anderer Lehren unmöglich macht. Veraltete Bibel- und Bibelsprüche (meist noch in bewußt falscher Auslegung zugunsten der Besitzenden) haben ihre Gehirnganglien für neuen Strom unempfindlich gemacht.

Das ist die symbolische Problematik des Pfingstereignisses im zweiten Kapitel der Apostelgeschichte.

Lernen wir daraus, dann wird der wahre Pfingstgeist in unsere Herzen einziehen. Wir werden die Pharisäer unserer Tage, die Prediger mit den Kriegsfanfaren, in ihrer ganzen Zwiespältigkeit erkennen lernen und ihnen gegenüberstellen den wahren Sinn des revolutionären Wortes aller Zeiten:

„Liebe deinen Nächsten wie dich selbst!“

Verkehrskuriosia im alten Rom.

Von Rolf E. Reiner.

Als nach dem „Aeronischen Brande“, der im Jahre 64 nach unserer Zeitrechnung von den 14 Regionen der Stadt Rom drei vollkommen und weitere sieben zum größten Teile in Schutt und Asche legte, ein neues Rom entstand, beschränkte sich die Baupolizei in der Hauptstadt darauf, Vorkehrung zu treffen, daß für die Zukunft Feuerkatastrophen in solchem Ausmaß unmöglich gemacht wurden. Man bestimmte, daß die Häuser bis zu einer gewissen Höhe aus feuerfestem Material gebaut wurden und beschränkte die Höhe der Vorderhäuser, baute aber die neue Stadt auf den alten Ruinen und verzichtete damit auf eine Verbreiterung der Straßen. Während die Berliner Bauordnung vom Jahre 1860, eine Maximalhöhe von 11,30 Meter bei gleicher Straßenbreite vorschrieb, die Pariser eine solche von 20 Meter und die Wiener von 14,10 Meter, setzte Augustus die Maximalhöhe auf 70 römische Fuß, das sind 20,72 Meter fest. Trajan verschärfte dann die baupolizei-

lichen Vorschriften, so daß sich die römischen Bauherren mit einer Maximalhöhe ihrer Häuser von 17,76 Meter begnügen mußten. Aristid sagt: „Wie ein starker Mann andere über sich in die Höhe hebt und trägt, so trägt Rom Städte auf Städten, die es über sich erhoben hat.“ Der Hauptgrund dafür, daß die altrömischen Häuser wesentlich höher waren als heute die Gebäude unserer Großstädte, ist in den teuren Bodenpreisen und dem ständigen Anwachsen der Einwohnerschaft zu suchen.

War nun die Höhe der Gebäude imponierend, so mußte die Enge der Straßen doppelt eigenartig an. Im Gegensatz zu Berlin, das eine Straßenbreite von durchschnittlich 22 Meter verlangt, wiesen die römischen Straßen nur eine

hier nicht näher eingegangen zu werden, dafür aber muß man die Kuriositäten unter den Gefährten erwähnen, zumal sie uns heute einen Begriff von dem kulturellen Hochstand jener Epoche vermitteln. Da wären an erster Stelle die — Automobile zu nennen. Das klingt natürlich sehr unwahrscheinlich. Jedoch läßt die Beschreibung, die Julius Capitolinus in seiner Biographie des römischen Soldatenkaisers Pertinax von den eigenartigen Wagen gibt, die sich unter dem Nachlaß des Kaisers Commodus (180—192) vorfanden, kaum eine andere Deutung zu. Nach Capitolinus handelt es sich um bis dahin ganz unbekannte Wagen, die sich durch ein sinnreiches Räderystem ohne Vorspann von der Stelle zu bewegen vermochten. Die Sitze dieses Wagens waren so angeordnet, daß der Führer des Wagens und die Reisenden Schutz vor Sonne und Regen fanden. Wohl bemerkt, es wird betont, daß diese Wagen sich aus-schließlich durch das Räderystem fortbewegten und nicht durch irgendwelche tierischen Kräfte. Da die alten Römer aber an ganz beachtliche Reifgeschwindigkeiten gewöhnt waren, die ganz beträchtlich über denen des Mittelalters lagen, kann man ohne weiteres annehmen, daß auch diese Wagen nicht gerade im Schneckenempo fuhren.

So phantastisch die Beschreibung auch klingen mag, für unmöglich dürfen wir sie nicht halten. Vielmehr dürfen wir ruhig annehmen, daß die genannte Wagenart wirklich existierte und als ein freilich sehr primitiver Vorgänger unseres Automobils angesprochen werden kann.

Weniger phantastisch und deshalb glaubwürdiger ist die Beschreibung, die uns Vitruvius in seinem Werke „die architectura“ über die — Tarameferndroschen gibt. Es waren dies Mietwagen, die an ihren Radachsen sinnreiche Meilenanzeiger hatten. War eine Meile zurückgelegt, so fiel mittels des Mechanismus ein kleines Steinchen in ein am Boden befestigtes Gefäß. Zählte man nun nach Beendigung der Fahrt die Steine, so kam man auf die einfachste Art auf die Zahl der zurückgelegten Meilen und somit auf den zu zahlenden Fahrpreis. Auch diese Wagen fanden sich im Nachlaß des vorwermendlichen Kaisers Commodus und wurden von Pertinax in öffentlicher Versteigerung veräußert.

Nun noch ein Kuriosum, das zwar nicht dem öffentlichen Verkehr diente, sich aber doch gut unter diese Rubrik einordnen läßt: die Personenaufzüge. Der Leiter der Ausgrabungen auf dem Forum romanum fand dort eine Reihe kleiner Nischen, in denen diese Aufzüge untergebracht waren. Sie dienten dazu, die Gladiatoren und die wilden Tiere, deren Aufenthaltsräume unter der Erde lagen, zur Oberfläche zu befördern. In einem unterirdischen Gänge waren mehrere Quergänge und Kammern angegliedert, in denen die Aufzüge und die einzelnen Hebewerke untergebracht waren. Noch heute kann man die zum Hebewerk gehörenden Steinblöcke sehen und an ihrer starken Abnutzung erkennen, daß sie fleißig gebraucht worden sind. Jeder „Lift“ war instand, sechs Personen gleichzeitig an die Oberfläche zu heben, und da eine ganze Reihe von solchen Fahrstühlen vorhanden waren, kann man leicht berechnen, daß immerhin über sechzig Personen gleichzeitig aus den unterirdischen Gängen und Räumen zum Forum befördert werden konnten.

Allerdings scheinen alle diese den kulturellen Hochstand der Römer beweisenden Erfindungen bald wieder verlorengegangen zu sein. Das ist aber durchaus keine Seltenheit, da unzählige Erfindungen und Einrichtungen aus der Zeit der Antike zumeist im fortschrittlichen Mittelalter in Vergessenheit geraten sind. Erst der neueren Zeit blieb es vorbehalten, alte Erfindungen dem jeweiligen Stand der Technik angepaßt wieder aus dem Dunkel der Vergessenheit hervorzuholen. „Es ist alles schon einmal dagewesen“, sagt Ben Ukiba.

Aus Rußland. Wie verlaufen, soll in Moskau ein Warenhaus gebaut werden, das 17 Stockwerke hat. Es soll dies das modernste Warenhaus der Welt werden. In Personal wird nur ein Mensch gebraucht. Das ist der Portier. Sobald ein Kunde kommt, muß er sagen: „Ware haben wir nicht!“ (Wahrer Satoh.)

Noch ein sparsamer Schotte.

Ebenezer Macintosh aus Aberdeen ist am Sonntag durch Radio mit der Kirche verbunden. Er hört andächtig mit seiner Frau den Gottesdienst.

Pfötzlich beginnt er unbändig zu lachen. Die Gattin fragt aufgestört: „Weshalb lachst du, Schatz?“ „Weshalb ich lache?“ sagt Ebenezer Macintosh mit strahlendem Gesicht. „Jetzt geh'n sie dort mit dem Klingelbeutel rum — und ich sitze hier.“

Schmiere. Während einer Sterbepflicht wird plötzlich der Vorhang heruntergelassen. Der Direktor erscheint und hält folgende Ansprache:

„Das Publikum wird höflich um einige Minuten Geduld gebeten, da dem sterbenden Ritter plötzlich übel geworden ist. Sobald er sich erholt hat, stirbt er weiter.“

Pfingstgleichnis.

Nun läßt das farbenfrohe Blüten
Der lebensfrischen Pfingstzeit
Von neuem jedes Herz erglühen
In heller Hoffnungsfreudigkeit!
Es wehte in des Winters Stille
Der Stolz des Schaffens Tag und Nacht,
Und nun erschließt des Lebens Fülle
Die blütenfrohe Pfingstzeitpracht!

Dies Blütenmeer, es ist Verheißung
Für jeden, der da sehend sucht,
Es ist die wunderbare Schwelgerei
Vom Samenfort zur Erntefrucht!
Es ist der bunte Hochzeitstanz,
Der die Natur so froh durchschwingt,
Um jedem Erdenkind zu zeigen,
Daß Mühen Freud' und Früchte bringt!

Und dieses Gleichnis soll uns lehren,
Daß zu der rechten Erntetat
Es nicht genügt, nur zu begehren,
Daß vielmehr erst gesunde Saat
Gepflanzt, gehegt, gepflegt muß werden,
Daß gar die Blüten sich erschließen
Und aus der Blütenpracht auf Erden
Zum Genuß der Ernte Früchte sprechen!

So ist der Ernte Frucht Ergebnis
Der nimmermüden Lätigkeit,
Sie wird nur denen zum Erlebnis,
Die schaffensfroh, mit Stetigkeit,
Mit festem Mut und gleicher Kraft
Den Erntewillen stets erneuern,
Mit ausgezogener Leidenschaft
Das Saat Korn bis zur Frucht betreuen!

Und daraus zieht den rechten Genuß:
Auch die Gewerkschaft muß ihr pflügen,
Wenn sie der Erde Weberschlag
Euch dankbar in den Schoß soll legen!
Ihr zwingt herbei das große Neue,
Wenn ihr ihr stets zur Seite steht
Und in unwandelbarer Treue
Stets stehend ihre Kraft erhöhlt!

Dann steht in Treue zur Gewerkschaft,
Dann wird euch daraus Macht erblicken!
Nur wer mit Stetigkeit am Werk schafft,
Nun aus dem Samen Früchte ziehen!
Nur so erblickt ein Menschheitspfingsten,
Um das der Freiheit Sonne kreist,
Das auch dem Ärmsten und Geringssten
Erlösung aus der Fron verheißt!

L a r s s.

Breite von 5 bis 6,50 Meter auf. In diesen Straßen muß, zeitgenössischen Berichten zufolge, immer ein uns undorstellbarer Verkehrswirwar geherrscht haben, der schließlich zu ausgesprochenen Verkehrsverordnungen führte. Man muß bedenken, daß Rom damals Mittelpunkt der Welt war, das Zentrum, in dem sich alles traf. Aus aller Herren Länder kamen Reisende, Politiker, Gelehrte und vor allen Dingen Kaufleute und Händler nach Rom.

Eine Baufluchlinie konnte man nicht; vielmehr engten die Läden und Bazare, die in die Straßen hineingebaut wurden, diese noch mehr ein. Da sich das römische Leben aber viel öffentlicher abspielte als heute, chirurgische Operationen, Werbevorträge der Advokaten usw. in diesen kleinen Läden waren, staute sich oft die Menge derart, daß an ein Passieren der betreffenden Straße nicht zu denken war. Deshalb wurde bestimmt, daß Wagen nur zu bestimmten Stunden fahren durften; das Reiten war überhaupt nur wenig gestattet.

Auf Säufen und Tragstühlen, die unstreitig die gebräuchlichsten „Verkehrsmittel“ jener Zeit waren, braucht



Zu beziehen durch alle Verbandskassierer und Ortsausschüsse des A. D. G. B.

Fabrik für Einsprüche gegen Allgemeinverbindlichkeit.

Trotz aller Notlage, in der sich das Deutsche Reich befindet, wird das Reichsarbeitsministerium anbauen müssen, wenn die Fabrikation von Einsprüchen gegen die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen in gleicher Weise industriell betrieben wird...

beck, Frankenberg und Wihenhausen ist vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt worden. Damit wäre nur der Ecklohn für verbindlich erklärt.

gekommen sind, daß zur Erhaltung der Arbeitsfreudigkeit und der Arbeitskraft zunächst einmal Anschaffungen und Ausgaben gemacht werden müssen.

Aus den Baugewerkschaften

Bitterfeld. In unserer Jahresversammlung gab, nachdem der im vorigen Jahre verstorbenen Kollegen ehrend gedacht worden war, der Kollege Brauer den Geschäftsbericht für das Jahr 1930.

Aus der Sozialgesetzgebung

Rückforderung der Kosten der öffentlichen Fürsorge von infolge Arbeitslosigkeit Unterstühten.

Erlaß des preussischen Ministers für Volkswohlfahrt vom 19. Mai 1930 - III 3010a. Nach § 25 F.W. steht den Fürsorgeverbänden ein Anspruch auf Rückerstattung der aufgewendeten Kosten gegen den Unterstügten zu...

Streiks u. Lohnbewegungen

Maurer, Bauhilfs- und Tiefbauarbeiter: Gesperrt sind: das Abbruchgeschäft von August Erich, Baustelle Dynamitfabrik bei Gesehacht, Baugewerkschaft Hamburg...

Jolierer: Gesperrt ist die Jolierfirma Ritter, Kiel, Hafentraf, wegen Zahlung untertariflicher Löhne.

Löpfer: Gesperrt sind: In Halle/S. Wilhelm Stahl, in Hohenstein-Ernstthal Eugen Wolf, in Zeitz die Ofen- geschäfte Gustav Neumann, Gustav Hörnicke und Emil Böhme...

Unser Lohnkämpfe. Der Schiedspruch der zentralen Schlichtungsstelle für die Vertragsgebiete Nordwest- deutschland, Kassel, Hann.-Münden, Wal-



Arbeitslosigkeit im Deutschen Baugewerksbund. Feststellungsergebnis vom 20. April 1931.

Von den Bundesmitgliedern waren am Feststellungstage arbeitslos

Table with columns for Bezirksverband, Mitgliedschaft, and various occupational categories (Maurer, Steinmetz, etc.), showing employment and unemployment statistics for different regions and professions.

Jena. (Ein „arbeiterfreundlicher“ Maurer- polier.) Die Firma Puschner beschäftigt den Jenaer Bauarbeiterverband längst bekannten Schiefer. Für die Jenaer Baugenossenschaft führt diese Firma einen Wohnhausblock auf, wo jener Polier der Vertretungsberechtigten des Unternehmers ist. Da auf der Baustelle keine Betriebsvertretung war, machte unsere Baugewerkschaft von dem Recht des § 8 ZW. für das Baugewerbe Gebrauch und ernannte einen Baudelegierten, wovon dem Polier Schäfer durch unsere Vertretung Mitteilung gemacht wurde. Der Polier aber antwortete: „Du hast gar nichts zu bestimmen.“ Er erkenne das nicht an, man solle dem Unternehmer Mitteilung machen. Und: „Wenn du nicht machst, daß du die Baustelle verläßt, werde ich dich wegen Hausfriedensbruchs verklagen.“ Nach diesem radikalen Verhalten des Poliers wurde ihm eindeutig erklärt, daß dem Organisationsvertreter nach § 8 des Tarifvertrages das Recht zustehe, eine Betriebsvertretung zu bestimmen. — Dem Schäfer kommt es darauf an, auf „seiner“ Baustelle keine Betriebsvertretung zu haben. Die organisierte Arbeiterkraft wird ihn eines Besseren belehren!

Dresden. In der Versammlung der Kalk- und Ziegel- träger am 29. April wurde nach einem Vortrag des Kol- legen Zimmermann über die Lage im Baugewerbe besonders der Fall Wegner behandelt. Wegner wurde im vorigen Jahre von der Sektion der Kalk- und Ziegel- träger zum Vorsitzenden gewählt. Er hatte vom Kassierer der Sektion 17 Sektionsmarken je 3 M erhalten. Infolge seiner Quertreibereien wurde Wegner ausgeschlossen. Er ist nun mehrmals aufgefordert worden, entweder die Mar- ken oder das Geld abzuliefern. Dies geschah nicht. Wegner rührte sich auch nicht, als er mittels eingeschrie- benen Briefes darum gemahnt und ihm eine Anzeige an- gedroht wurde. Wegner ist nicht umsonst in der KSO. (Kalk- und Ziegel-Verband). Dort hören ja die Ueberschläuen das Gras wachsen. Für einen Kollegen, der zu dieser Zeit gerade verstorben war, hatte er den Betrag von 6 M in bar abliefern lassen. Den anderen Kollegen, denen er die Marken verkauft hat, will er das Geld zurückgegeben haben; auch will er sich von ihnen haben bescheinigen lassen, daß sie das Geld für die Marken zurückgehalten hätten. Ueber 18 M hat Wegner keinen Nachweis erbringen kön- nen. So etwas nennt man Unterschlagung, aber bei den Vertretern dieser „revolutionären“ Arbeiter gilt dies als „Bauernschlauheit“. Wenn Wegner noch einige Sympa- thien bei einem Teil der Kollegen hatte, so hat er sich nunmehr auch diese vollständig verschafft. Man erkennt schließlich den Vogel an den Federn. Immerhin fand sich in dieser Versammlung noch ein Kollege, der Wegner reinwaschen wollte. Damit fand er natürlich keinen An- klang. Die Kollegen, die den Betrag von Wegner zurück- erhalten haben, werden aufgefordert, das Geld bis zum 1. Juni an den Sektionskassierer oder an den Kollegen Zimmermann im Büro abzuliefern. — Die Versammlung war gefragen von dem einseitigen Willen, daß nur unter der Führung des Baugewerksbundes ein besseres Los für die Bauarbeiterkraft erzielt werden kann.

Aus den Fachgruppen

Asphaltierer.

Leipzig. In der Versammlung am 25. April wurde zunächst das Andenken der Kollegen Geißler und Gustav Fischer geehrt. Dann berichtete Kollege Köstlich von den Lohnverhandlungen. Ueber das Ergebnis wurde stark dis- kutiert. Kollege Buchmann verurteilte das träge Verhalten der Plagarbeiter. Nicht einer von ihnen hat den Mut ge- funden, bei der Gewerkschaft vorstellig zu werden, damit gegen die betreffende Firma gerichtliche vorgegangen werden konnte. Er ermahnte, sich nun endlich mehr an den Ver- sammlungen und an der Organisationsarbeit zu beteiligen.

Glasler.

Leipzig. In der am 25. April abgehaltenen Versamm- lung gab der Obmann den Bericht über den nunmehr ab- geschlossenen Bezirksarbeitsvertrag. Obwohl er den Leip- ziger Kollegen keinen Vorteil bringt, so bringt er doch für das übrige Sachsen geregelte Verhältnisse. Auf dem platten Lande sah es wüst aus, es gab keine Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, alles hing in der Luft. Durch den Abschluß dieses Vertrages haben wir einen Lohnabbau von 15% erlitten. Deshalb konnte auch die Annahme des Vertrages nicht empfohlen werden. Auch die zehnprozentigen Bau- sowie die Leistungszuschläge sind abgebaut worden. Es gibt nur noch den Tariflohn von 1,24 M in der Spitze. Es gilt, in einer besseren Konjunk- tur viel nachzuholen. — In der Aussprache wendeten sich alle Redner gegen den Bezirksarbeitsvertrag, der von unse- ren Kollegen zu viel Opfer verlange. Aus der Mitte der Versammlung wurde beantragt, nochmals drücklich mit der Innung zu verhandeln; die Innung aber lehnte jede Ver- handlung ab. — Nachdem sich nunmehr in Sachsen die Mehrheit für den Bezirksarbeitsvertrag entschieden hat, müssen auch wir uns, wenn auch unter Protest, fügen.

Töpfer und Fliesenleger.

Coswig i. Anh. In der Töpfer-Versammlung am 28. April wurde der Schiedspruch bekanntgegeben, wonach der Lohn für Brennhausarbeiter 72 % (bisher 76 %) be- trägt. Scheidensprüche erhalten jetzt 45% Zuschlag auf den Vorkriegsarbeitslohn. Der Tarif gilt bis zum 31. März 1932. Kollege Hörig, Dresden, besprach die Gründe, die zu dem Schiedspruch geführt haben, worauf der Spruch angenom- men wurde. Darauf gab der Kassierer den Kasfenbericht der Baugewerkschaft Wittenberg, der Fachgruppenleiter berichtete vom Ortsauschuß. — Nachträglich ist bekannt- geworden, daß die Unternehmer den Spruch abgelehnt haben und den Lohn nur bis zum 31. Oktober 1931 gelten lassen wollen. Sie möchten also zum Winter den Lohn noch mehr herabsetzen. Ein Teil dieser Unternehmer glaubt sich jedenfalls schon im „Driften Reich“, wo nur sie allein zu bestimmen haben.

Leipzig. Unsere Ofenschmiede hatten zum 1. April den Ofenseger- und Fliesenlegerarif gekündigt. Da die Parteiverhandlungen zu keinem Ziele führten, riefen die Unternehmer den Schlichtungsausschuß an. Dieser fälltte einen Spruch, nach dem der Stundenlohn sowie sämtliche Akkordpositionen um 7% herabgesetzt werden. Die Ge- hilfsenschaft nahm diesen Spruch an, die Unternehmer leh-

ten ihn ab. Die Verhandlungen vor dem Schlichter ver- liefen resultatlos. Da er aber auch die Verbindlichkeit des Spruches ablehnt, sind wir zur Zeit tariflos. Es ist zu er- warten, daß die Unternehmer die tariflose Zeit benützen, um Kollegen von auswärts zu Schundlöhnen nach hier zu ziehen; wir warnen deshalb vor Zureise. 50% unserer Kol- legen sind arbeitslos und die Arbeitsaussichten gering.

Meißen. Am 2. Mai 1931 feierte der Töpfer Paul Knoke in aller Stille seinen 60. Geburtstag. Am gleichen Tage vor 38 Jahren bot er seine Arbeitskraft der Firma C. Leichert an und arbeitet noch heute in diesem Betrieb. Für uns ist von besonderem Wert, daß Kollege Knoke seit 33 Jahren als Betriebskassierer fungiert. In musterwürdiger Weise hat er dieses Amt bis auf den heu- tigen Tag versehen. Seine Kasse war immer in besser Ordnung. — In guten und schlechten Zeiten hat unser Paul mit seltener Ausdauer, Zähigkeit und gewerkschaftlicher Ueberzeugung der Organisation als Funktionär gedient. Oftmals war er auf der Arbeitsstelle Schikanen durch seine „Vorgefetzten“ ausgesetzt. Das hat ihm nicht imponiert. Be- sonders vor dem Kriege hat er bewiesen, daß ihm seine gewerkschaftlichen Ideale höher stehen als seine Arbeits- stelle. Und wenn es ihm auch als Familienvater manchmal recht schwer geworden sein mag, so hat er dennoch immer in Treue ausgehalten. Mit gewissenhafter Pflicht versteht er noch heute sein Amt. Wir wünschen unserem Paul, von allen Kollegen Wafte genannt, noch recht viele frohe Jahre! Wir danken ihm für seine treue Mitarbeit in der Gewerkschaftsbewegung. Er hat nicht nur in der Gewerk- schaft gearbeitet, auch bei der Parteiarbeit hat er sich stets zur Verfügung gestellt. Recht oft mag er noch seinen lauten Ruf erschallen lassen, wenn er die Arbeitsfälle betrifft: „Kollegen, der Verbandsmann ist da!“

Vom Bau

Düren. Am 5. Mai fiel der Kollege Kurt Heinze aus Jennerdorf bei Görlitz einem tragischen Unfall zum Opfer. Heinze wollte mit einem Bundeskollegen den Weg von Köln nach Düren auf dem Rad zurücklegen. Bei dem Ort Kerpen wurde er von einem Lastwagen überfahren und verschleudert nach einigen Minuten. Wie sein Reisegefährte berichtet, ist der Unfall auf das Anhängen an Lastautos zurückzuführen. Möge der Unfall, der ein junges Menschen- leben vernichtete, allen radfahrenden Kollegen eine War- nung sein!

Allgemeine Rundschau

Weltkrisis und Manchesterlehre. Professor M. Bonn behandelte kürzlich in der Royal Society of Arts in London im Rahmen der Vorträge über Richard Cobden das Thema „Die Weltkrisis und die Manchesterlehre“. Der Vortragende stellte fest, daß der Grundsatz der Manchester- lehre in immer größerem Umfange verlassen wird. In der ganzen Welt besteht die Meinung, Meinungsverschieden- heiten oder Streitigkeiten im Innern entweder durch Waffengewalt der Bürger gegeneinander oder durch eine Diktatur oder durch rücksichtsloses Eingreifen einer durch eine Mehrheit gestützten Regierung in das Wirtschafts- leben, das doch eigentlich als eine Sache privater Initiative galt, zu regeln. In allen Teilen der Welt sind unterworfen Nationalitäten in Aufruhr. Die Reibungen, die sich aus dieser neuen Ordnung der Dinge ergeben, fragen zu den Ursachen der wirtschaftlichen Krise der Welt ebensoviel bei, wie die politischen und wirtschaftlichen Folgen des großen Krieges. Während auf dem Gebiete der auswärtigen und kolonialen Fragen die Lehre der Manchesterlehre — Be- seitigung des Zwanges — an Boden gewinnt, vollzieht sich genau der entgegengesetzte Prozeß auf dem Gebiete der inneren Angelegenheiten. Die industrielle Krisis ist teil- weise zurückzuführen auf die beträchtlich verminderte Kauf- kraft der Gemeinwesen, die Lebensmittel und Rohstoffe erzeugen. Ihre Hauptursache aber ist übermäßige Expans- ion und verkehrte Verteilung des Kapitals. Die ungeheure Verschwendung von Material und Kraft ist das Ergebnis des Glaubens, daß heutzutage die wirtschaftlichen Kräfte reiflos durch Organisation, durch Pläne und durch staat- liches Eingreifen der Regierungen, die das Kapital durch Tarife, durch Subventionen, durch Unterstützung von Kar- tellen und durch Monopole in falsche Kanäle geleitet haben. Aber eine verkehrte Regierungspolitik wird nicht aus- schließlich von Politikern gemacht. Die Einmischung der Regierungen ins Wirtschaftsleben ist im Gegenteil heu- tutage überall auf den Druck wirtschaftlicher Gruppen zurückzuführen. — Die Vertreter der Manchesterlehre, die dem Kapitalismus in seiner Blütezeit einen so starken Impuls gab, müssen mit Bedauern feststellen, daß der Kap- italismus sich wesentlich gewandelt hat. Eine Planwirt- schaft mit den von Bonn geschilderten Auswirkungen ver- schärft die Krise und verhindert den Aufstieg. Schließlich wird und muß die große Umwälzung, wenn auch unter störenden Zuckungen, in ein System einmünden, das man Sozialismus nennt.

Die Wirtschaftskrise eine Folge des Krieges. Die Internationale Handelskammer, das größte internationale Unternehmerparlament, begann am 4. Mai ihre Tagung in Washington. Der Präsident der Vereinigten Staaten, Hoover, hielt eine Eröffnungsrede, in der er auf die Verbundenheit der gegenwärtigen Weltkrisis mit Kriegs- folgen und dem Weltkräften hinwies. Der Niedergang der Weltwirtschaft ist, so erklärte Hoover u. a., ein schlagender Beweis für die gegenseitige wirtschaftliche Abhängigkeit aller Länder. Schuld an der Weltkrisis liegt vor allem der Weltkrieg mit seiner Zerstörung von Leben und Eigentum und den darauf folgenden großen Steuerlasten. Ich möchte mit Nachdruck auf ein Erbgut des Krieges verweisen, worin durch internationale Zusammenarbeit eine große Leistung vollbracht werden kann, um die Steuerbürde zu vermin- dern, die Hauptursache der Unruhe zu beseitigen und

größeres Vertrauen für die Welt zu schaffen; das ist die Begrenzung und Herabsetzung der Rüstungen. Die Welt gibt jährlich 5 Milliarden Dollar (über 20 Milliarden Mark) für Rüstungen aus, 70% mehr als vor dem Kriege. Obwohl 12 Jahre seit Ende des Krieges verstrichen sind, sind die aktiven Heere von 5 1/2 Millionen und 20 Mil- lionen Mann Reserven noch nicht demobilisiert. Zum Schluß erklärte Hoover: „Wir haben ein großes Interesse daran, daß Frieden und Ordnung und wirtschaftlicher Wohlstand der anderen Völker besser gewährleistet sind. Es liegt in der Macht der Wirtschaftsführer, daß diese Frage mit Ehrlichkeit und Mut zu schöpferischer Tat an- gepackt wird. Es liegt in der Macht der Staatsmänner, der Welt die Zuversicht für die Zukunft zu geben.“ In den Ausführungen Hoovers steckt sicher ein großer Teil Berechtigung. Unsere Hoffnungen auf die Initiative der Wirtschaftsführer und der Staatsmänner sind allerdings sehr gering. Wenn nicht ein Druck von unten kommt, dann vermögen diese Herren keine schöpferische Tat zum Wohle der Menschheit zu vollbringen.

Die Frau ist die Stütze der Erwerbslosenfamilie. Die Frau übernimmt bei der Ueberwindung der Arbeitslosigkeit eine wichtige Rolle. Von dem Volkseinkommen gehen 60% durch die Ladentür, werden also von der Frau ver- waltet und verbraucht. Wenn nun Millionen Familien- väter von Unterstützungen leben müssen, d. h. ein wesent- lich geringeres Einkommen beziehen, dann ist es in erster Linie die Frau, die von diesem Unglück betroffen wird. Sie muß mit den geringen Mitteln die Familie ernähren, den Haushalt in Ordnung halten und die Kinder erziehen. In der „Frankfurter Zeitung“ wurden Beobachtungen eines Arztes über die Wirkungen der Arbeitslosigkeit ver- öffentlicht. Ueber die Aufgaben der Frau lesen wir in dem Bericht folgendes: „Die wirtschaftliche Stütze der Erwerb- losenfamilie ist die Frau. Von ihrer Arbeitskraft hängt es ab, wieviel von der Einkommensbeschränkung durch ver- mehrten Fleiß ersetzt werden kann. Ist in einer Dauer- erwerbslosenfamilie die Wohnung sauber gehalten, die Kinder ordentlich und rein, dann weiß ich, die Frau sitzt bis in die Nacht hinein und arbeitet, oft noch neben Stunden- stellen, in denen natürlich auch nur schwere Arbeit verlangt wird. Schlimm ist es, wenn die Frau nicht sehr kräftig oder durch Krankheit, Geburten oder Fehlgeburten ge- schwächt ist. Das sind keine Begriffe, die bei den Unter- stützungsfällen eine Rolle spielen. Und doch hängt eine einigermaßen geordnete Haushaltsführung mit den Sähen der öffentlichen Unterstützung von der vollen Leistungs- fähigkeit der Frau ab.“ Ein fittes Selbentum Millionen Ungenannter, an das in der Regel nicht gedacht wird.

Die Arbeiterfreundlichkeit der Bankgewaltigen. Er- staunlich ist es, mit welcher Beharrlichkeit gegen die Ar- beiterkraft gerichtete Schlagworte nachgehakt werden. Selbst angeblich kluge Leute bedienen sich ihrer. In der Generalversammlung der D.D.-Bank rebete sich der Direk- tor Wassermann seine Unzufriedenheit von der Leber, wo- bei er folgendes ausführte: „Deutschland leidet unter den politischen Verhältnissen, deren Ursache zu einem so hef- tigen wirtschaftlichen Rückschlag geführt hat, besonders schwer. Fünf Millionen Menschen sind erwerbslos gewor- den, weil die Betriebe, kleine und große, ihnen keine Arbeit zu den bisherigen Bedingungen vermitteln können, und weil ein doktrinärer Sozialismus im Wege steht, durch entsprechend verminderten Lohn ein größeres Arbeits- quantum zu schaffen. Man will die Löhne nur in dem Maße herabsetzen, in dem sich die Lebenshaltung durch Preisren- kung verbilligt, und sieht nicht, daß eine Senkung nur der Nominallohne, die sich lediglich im Außenhandel und auch da ungenügend auswirken würden, bei weitem nicht zur Ueberwindung der Schwierigkeiten ausreicht.“ Also auch die leitenden Männer der größten Bank Deutschlands sehen keinen andern Ausweg als die Herabdrückung des sozialen Lebensstandards. Es wäre sehr interessant zu er- fahren, wie tief die Löhne gesenkt werden müssen, um die derzeitige Wirtschaftskrise auf diese Art überwinden zu können. Wohlweislich wird ein solches Rechenexempel nicht ge- macht. Wie es aber auch ausfallen möge, die Arbeiter- schaft denkt gar nicht daran, die Laffen der Krise in der Hauptsache auf sich zu nehmen. Wir sind im Gegenteil da- von überzeugt, daß eine solche Verschlechterung des Lebens- standards direkt eine Katastrophe für die deutsche Wirt- schaft bedeuten würde. Aber dessenungeachtet: Wenn je- mand mit einem Gehalt von über 100 000 M von der Not-wendigkeit der Lohnkürzungen redet, so gehört schon sehr viel dazu, ruhig zu bleiben. Wie wäre es, wenn Herr Wassermann einmal versuchen würde, mit dem Lohn eines Arbeiters auszukommen! Aus dem Paulus würde rasch ein Saulus werden.

Rückgang der Konkurse. Durch den „Reichsanzeiger“ wurden im Monat April 972 neue Konkurse und 655 eröffnete Vergleichsverfahren bekanntgegeben. Für März laufen die entsprechenden Zahlen auf 1240 und 662. Mit hin ist ein Rückgang von 268 Konkursen oder um rund ein Viertel zu verzeichnen. Bestimmte Schlüsse können aus diesem Rückgang der Konkurse nicht gezogen werden, wenn auch diese Besserung im Rahmen der allgemeinen Wirt- schaftsbesserung liegt.

Ferienheim Neumühle. Das idyllische Ferienheim der Leipziger Gewerkschaften liegt bei Stadtroda in Thüringen, 15 km von Jena. Die völlige Abgeschlossenheit des Heimes, mitten im Walde, ist für Erholungsuchende der gegebene Ort. Drucksaachen werden auf Wunsch gern zugesandt. Anfragen und Anmeldungen bitten wir an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, Ortsauschuß Leipzig C 1, Zeißer Straße 32, zu richten.

Sind Lieder des Arbeiter-Sängerbundes verboten? Kommunistische Zeitungen brachten kürzlich die Meldung, daß die Stuttgarter Polizei „Brüder, zur Sonne, zur Frei- heit“ und die Berliner Polizei einige Uthmannschöre ver- botten habe. Durch Anfragen bei den zuständigen Be- hörden wurde festgestellt, daß von einem Verbot irgend- welcher Arbeiterchorkorrekturen gar keine Rede sein könne. Durch solche Notizen soll lediglich Verwirrung in die Kreise der Arbeiter-Sänger getragen werden. Der Zweck der Meldung ist nach der bisherigen kommunistischen Spal- tungstaktik nicht zu verkennen. In derselben Richtung liegt eine Notiz einer sächsischen kommunistischen Zeitung, wonach Arbeiter-Sänger am Rundfunk „Ein feste Burg“ gesungen hätten. Auch hier haben die Nachforschungen ergeben, daß es sich um eine Falschmeldung handelt. Der betreffende Rundfunkhörer hat sich jedenfalls selbst innere gehört und möchte nun andere für seine eigene innere Verfassung verantwortlich machen.

Wer unsern Bund härt, härt sich selbst!
Für die Woche vom 10. bis 16. Mai ist der 20. Bundesbeitrag für 1931 zu zahlen.

Bekanntmachung des Bundesvorstandes

Gefohlen wurde das Mitgliedsbuch 582 773 des Kollegen Alois Teuber, geboren 22. März 1909 zu Oppersdorf, eingetreten 7. Oktober 1924 zu Oppersdorf (Greiz); ferner das Mitgliedsbuch 314 840 und Reisekarte 2945 des Kollegen Hans Ludwig, geboren 1. November 1909 zu Greiz, eingetreten 23. August 1926 zu Greiz. — Die Mitgliedsbücher und Reisekarte sind anzuhalten und an das Bundesbüro zu senden. — Gefohlen wurde ferner das Mitgliedsbuch 587 660 des Kollegen Otto Pönigich, geboren 17. Dezember 1911 zu Wolschau i. Thüringen, eingetreten 1928 in Zeitz.

Gedentafel verstorbenen Mitglieder.

- Mugsburg. (Hammel.) **Martin Schmid, Maur.**, 50 J. Darmstadt. (Kl. Gerau.) **Johannes Flauaus, M.**, 66 J. Deutsch-Kasselw. (Neustadt D/C.) **Johann Purschke, Töpfer**, 49 Jahre.
- Göppingen. **Christof Hellig, Maurer**, 76 Jahre alt. Hof. **Christian Murrmann, Maurer**, 55 Jahre alt. Itzehoe. **Heinrich Ploog, Maurer**, 53 Jahre alt. Hans Steebock, Maurer, 31 Jahre alt.
- Karlsruhe. **Friedrich Geiger, Maurer-Polier**, 64 J. Kempfen. (Innenstadt.) **F. Engelhardt, Hilfsarb.**, 58 J. **Benedikt Meier, Hilfsarbeiter**, 38 Jahre alt.
- Ciegnitz. **Hermann Hoffmann, Maurer**, 63 Jahre alt. Mannheim. (Schriesheim.) **Friedr. K. Schmitt, M.**, 54 J. Marburg. (Bürgeln.) **Konrad Sauer, Maur.**, 56 J. Mühlhausen/Th. **August Eisenhardt, Maurer**, 71 J. Nowawes. **Albert Kornemann, Hilfsarbeiter**, 65 J. Riesa. (Kobeln.) **Hugo Pinkert, Maurer**, 22 Jahre. Tempzin. **Ernst Wenk, Maurer**, 57 Jahre alt. Metzeren. **Claus Vieheer, Bauhilfsarb.**, 49 Jahre alt. Weisenfels. **Herbert Helbing, Dfenseger**, 18 Jahre. **Josef Sauer, Maurer**, 59 Jahre alt. Zeitz. (Osterfeld.) **Franz Götzschel, Hilfsarbeit.**, 38 J.
Ehre ihrem Andenken!

Baugewerkschaft Hannover.

Allen Bewerbern für den ausgeschriebenen Kassiererposten besten Dank. Durch unvorhergesehene Schwierigkeiten muß vorläufig von der Besetzung des Postens Abstand genommen werden. — Retirenden Kollegen sei mitgeteilt, daß in der Baugewerkschaft Hannover seit dem 1. Mai keine Reiseunterstützung mehr gezahlt wird.

Bücher u. Schriften

„Die Ruhe“ Zeitschrift für Humor und Satire. Wien VII, Halb-gasse 25. Ein Blatt der Stimmung gegen die Blückerpöbel der Zeit. In leicht aufgetragenem Unterhaltungston werden soziale und politische Probleme und deren Widersprüche unter die Lupe genommen. Man wird lachen zum Denken. Grafische Illustrationen und scharfer Humor werden dem Blatt, das am 15. eines jeden Monats erscheint, reich viele Freunde verschaffen. Preis 20 Sch. Probeblätter durch die Verwaltung Wien VII, Halb-gasse 25.

Das Heute der proletarischen Aktion. Semmisse und Wandlungen im Klassenkampf von Dr. A. Gurand. Preis hoch 2,50 M., keinen 3,60 M., Organisationsausgabe 2,70 M. E. Baubische Verlagsgesellschaft G. m. b. H., Berlin W 30, Gleditschstr. 6. — Gurand zeigt die Zwangsläufigkeit der geschichtlichen Situation sowie die Auswirkungen der wirtschaftlichen und politischen Kämpfe auf die soziale und kulturelle Verfassung der Arbeitermassen und nimmt zu den Auseinandersetzungen innerhalb der Sozialdemokratie und der Gewerkschaftsbewegung Stellung.

Das Gewerli. Roman aus der russischen Gegenwart. Von Karamajewa. Preis 4,80 M. Dieses im „Blätterkreis“, Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 7-8, erschienene Werk erzählt die Geschichte eines Sägewerkes, errichtet in einem abgelegenen Dorf des heutigen Zentralrusslands. Dieses Werk ist ein Symbol für das Eindringen des Neuen ins russische Dorf, das aus mittelalterlicher Verfallszeit durch die Revolution von 1917 gewedt wurde. Das Schicksal einzelner Menschen wird diesem langamen Vordringen neuer Lebens- und Wirtschaftsformen trefflich geschildert. Der Roman ist ein Ausschnitt aus dem, was in vielen Dörfern und kleinen Städten im heutigen Russland sich ereignet.

Wetterleuchten der Revolution. Von Eva Brodts. Memoiren einer russischen Sozialistin. Preis 4,80 M. Zu beziehen vom Blätterkreis, Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 7-8. Das Werk schildert die gefährliche und schwierige sozialistische Arbeiterarbeit im Jarenreich der Vorkriegszeit, vor allem die Kleinarbeit, die dieses Buch besonders wertvoll macht für jeden Arbeiterkämpfer. Die Widerwehler der Arbeiter in der Petrovskijstraße von Wladiwostok wird besonders eindrucksvoll geschildert. Eva Brodts schmachtet heute im Gefängnis des bolschewistischen Russland.

Agnes. Ein Frauenroman aus der Zeit des Sozialistengelebes. Von Bruno Schönant. Preis 4,80 M. Zu beziehen vom Blätterkreis, Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 7-8. Der Verfasser zeigt uns in das Selbstgefallener der deutschen Arbeiterbewegung. Dabei entrollt er das tragische Schicksal der bekannten Führerin aus jener Bewegung. Im Übermaß wird der Kleintrieb der Sozialisten gegen die Polizei und das Spießbüttum unterhaltend geschildert. Besonders folien die Frauen unserer Zeit das Buch lesen.

„Frauen, entscheidet euch!“ Verlag J. S. W. Diez, Berlin SW 68, Lindenstr. 3. Preis 20 Sch. Ein Kampftruf gegen die falschen Lockungen der Nazis.

„Jahrbuch des Arbeiterrats Groß-Hamburg 1930.“ Selbstverlag des Arbeiterrats Groß-Hamburg. Große Heftserie. 44. — Der Arbeiterrat Groß-Hamburg ist neben der Bremer Angestellten- und Arbeiterkammer die einzige Organisation in Deutschland, die wie Unternehmerkammern für alle wichtigen Gesellschaften, Verordnungen usw. gutachtlich gehört wird, bevor solche Entwürfe dem Landesparlament vorliegen. Sein Jahrbuch ist nicht nur ein Tätigkeitsbericht des Arbeiterrats, sondern gibt gleichzeitig einen Überblick über gegenwärtigen Wirtschaftslage.

Ein proletarisches Magazin. Diesen Ehrentitel hat die seit Anfang dieses Jahres im Magazinformate erscheinende, 32 Seiten starke, reich illustrierte Monatschrift der Bildergilde Gutenberg, Berlin (Berlin SW 61, Dreieckstr. 3), in kurzer Zeit erworben. Das Mah- heft dieser Zeitschrift, die in einer Auflage von 100 000 Exemplaren gedruckt wird und den Mitgliedern der Bildergilde kostenlos zugeht, fällt wieder durch seinen Inhalt auf. Der Stowweger Greifert Parelius erzählt eine seiner spannenden afrikanischen Abenteuer, ein unbekannter russischer Autor berichtet von einem der grausigsten Verlehnisse des Krieges, der Däne Hans Boulsen gibt einen neuen, ein- weis seiner psychologisch vertieften Kunst, Walther Dietze u. a. sind mit kürzeren Erzählungen vertreten, und ferner enthält das Heft Reproduktionen seltener graphischer Arbeiten von Hans Thoma, Max Peckstein und Robert Genin.

Die Wirtschaftskrisis. Von Professor Julius Siech. Leicht Karo- niert 1,50 M. E. Fischer Verlag, Berlin W 57, Willowstr. 90. — Die Schrift ist in Nr. 15 des „Grundstein“ in dem Aufsatz „Wirtschafts- bedämpfung, sondern Krisenbedämpfung!“ eingehend gewürdigt worden.

Der erste Sturm. Erinnerungen aus der russischen Revolution 1905 von Wladimir Wostokoff. Die Bestimmung der blutigen Januarauf- gänge von 1905 und der Meuterei auf dem „Potemkin“ hat die all- gemeine Aufmerksamkeit auf die Vorgeschichte der letzten russischen Revolution hingelenkt. Von dieser Vorgeschichte erzählt W. Wostokoff in seinem jetzt bei der Bildergilde Gutenberg, Berlin SW 61, Dreieckstr. 3, erschienenen Buch „Der erste Sturm“ (in Vollen 3 Mk.). Es ist ein Band persönlicher Erinnerungen. Sie gewinnen den Leser durch die Einfachheit der Darstellung und durch die sympathische Art, jedes persönliche Hervortreten zu vermeiden. Ergeben wir uns alle Per- sonen sehr prägnant, und alle Vorgänge sind bewegt und voll Span- nung. Ein interessantes, empfehlenswertes Buch!

Marx-Engels und der kapitalistische Staat. Herausgegeben von Paul Kampffmeyer und J. P. Mayer. Die Reihe der „Sozialdemo- kratischen Lehr- und Lesebücher“ wird jetzt vom Verlag J. S. W. Diez Nachf., Berlin SW 68, Lindenstr. 3, durch dieses Heft fortgesetzt. Preis 30 Sch. Das von gewisser Seite gefälschlich verfälschte Bild von dem Verhältnis des Staatstheoretikers zum Politiker in Marx und Engels wird durch ein bisher nicht bekanntes Marx-Manuskript und durch andere ausgewählte Texte aus den Schriften von Marx und Engels wieder berichtigt.

Die Leuchtröhre. Mit Spannung wird jedes Heft erwartet, was hemeist, welche Beliebtheit sich diese satirische Zeitschrift mit der Zeitschrift „Licht über das Land“ erfreut. Das Blatt ist gepolst mit wit und trefflichen Karikaturen. Das einzelne Heft kostet 30 Groschen (20 Pfennig, 1,50 Schilling). Man verlange ein Gratisheft von der Verwaltung „Die Leuchtröhre“, Wien VI, Mitterteig 3a.

Die erfolgreiche Behandlung von Lungenkrankheiten

Herr Kreisarzt Dr. Silberstein hat im Laufe der letzten Jahre den vom bekannten Serbaria-Kräuterparadies in Philippsburg (Baden) hergestellten Serbaria-Lungen-Nährsalz-Kräutertee Nr. 66 in Fällen leichter und schwererer Erkrankungen Lungenleidenden verordnet. Besonders in Fällen von chronischer Bronchitis und Lungenüberblähung, die mit Husten und Auswurf verbunden waren, fand diese einem Rezept von Professor Dr. med. Robert, dem langjährigen Leiter der Dr. Bremermeijer Lungenheilanstalt in Göttersdorf, hergestellte kalt- und kochsalzfreie Kräuterermischung Anwendung. Herr Kreisarzt

Dr. Silberstein schreibt darüber: „Dieses Kräuterheilmittel entspricht der Grundforderung für jedes Heilmittel „nil nocere“ nach jeder Rich- tung. Ich habe es oft monatelang bei Tuberkulose angewandt, und zwar mit ungewöhnlich gutem Erfolg. Durch die Gabe dieses Heilmittels, und kochsalzfreien Kräuterermischung wird die Abwehrkraft des Körpers gegen Tuberkulose natürlich ganz bedeutend gestärkt, so daß die erkrankten Lungen wieder zur Beseitigung und Entlastung gebracht werden können. Der Zweck wurde erreicht, das Fieber ist immer zurückgegangen, das Allgemeinbefinden hat sich bedeutend gebessert und die Gewichtszunahmen waren immer erhebliche. Die praktischen Er- folge berechtigen, es als eine Bereicherung der Therapie der Lungen- tuberkulose anzusehen.“

Diese Kräuterermischung wird in folgenden Verbrauchsformen geliefert: Lungen-Nährsalz-Kräuter-Tee Nr. 66 Paket 2,25 Mk. Lungen-Nährsalz-Kräuter-Pulver Nr. 66 Paket 2,50 Mk.

Kräuter-Tablotten Nr. 66 Schachtel mit 200 Stück 3,— Mk. Kräuter-Kapseln Nr. 66 mit gemahlener Zeemischung gefüllte, angenehm einzunehmende Oblaten-Kapseln, beliebteste Ver- brauchsform, hochwertig Doppelpackung 4,50 Mk. Kräuter-Saft Nr. 66 aus den frischen, grünen Lungenkräutern auf kaltem Wege gepresster Saft mit dem vollen Vitamin-, Kalz- und Kieselsäuregehalt der frischen Pflanzen, daher hochwertig Glasje 3,— Mk.

Bestellung richtet man direkt an uns. Versand erfolgt durch die zu- ständige Depot-Apothete. (Gäfte ab 3 Flaschen, alle anderen Präparate ab 5 Mk. franko.)
Kleinherst.: Serbaria-Kräuterparadies, Philippsburg L 308/W (Baden).
Unsere Kräuterbeschichte mit der Abhandlung „Die Kalt- und Kochsalz- freie Therapie“ von Kreisarzt Dr. med. Silberstein folgen mit jeder Bestellung gratis bei und wird auch ohne Bestellung kostenlos geliefert.

Teakholz-Wasserwaagen in höchster Vollendung!



Stärke 25x50 bis 60 mm breit

100 90 80 75 70 60 50 cm Sämtl. Werkzeuge, Bekleidung laut Katalog sofort lieferbar. Vers. geg. Nachn. Von 10 RM. an portofrei. Jede zwölft Wasserwaage wird gratis geliefert.

Extra Qualität 4,— 3,85 3,60 3,45 3,35 3,15 2,90 RM.

Westermeyer & Co., Bielefeld, Ziegelsr.

Kaisers Käse und Kelle
von **Arthur Capelle**
Berlin, N 54
Alte Schönhauser Str. 54
Preis gratis - 2 Geschirrkunden!

Großer Preisabbau! Billige böhmische Bettfedern!

1 Pfund graue, gute, geschlossene Bettfedern 70 Pl., bessere Qualität 90 Pl., halbweiße, flaumige 1,20 Mk., weiße, flaumige, geschlossene 1,50 Mk., 1,90 Mk., 2,50 Mk., feinste geschlossene Halblaum-Herrschaftsfedern 3,— Mk., 4,— Mk., 5,— Mk. Rupffedern ungeschlossen, mit Flaum gemengt, halbweiß 1,35 Mk., weiß 2,25 Mk., allerfeinster Flaumrumpf 3,25 Mk., 4,25 Mk. Muster und Preisliste kostenlos. Versand jeder Menge zollfrei gegen Nachnahme. Von 10 Pfund an franko. Nichtpassendes wird umgetauscht oder Geld zurück. S. Benisch in Prag XII, Amerika ulice Nr. 83, Böhmen.

Zementkrätze
und Heilung. Kostenlos Broschüre über Selga-Pasta. Nach vergebl. Anwend. and. Mittel, Ausschlag durch S.-Pasta geheilt. L. W. Tausende Dankschreiben über geheilte Flechten, Ekzeme, Mitesser, Hautjucken. Proben gegen 70 Pf. (Briefmark.), Kurpackung 3,— Mk. Rathaus-Apotheke, Düsseldorf Nr. 45.

Mauerhosen!
Zweidraht 6, u. 8, M., Dreidraht 10, u. 12, M., Herkules 13, — M. sendet nach Maß
Hohlfeldt,
Dresden 6, Ritterstr. 2.

Diese Herren- Anker-Uhr
versteht m. Gold- u. gut ver- zoldeter Gesamt- 6,35 M. Diese Uhr mit Nickel- u. Kapsel 5,35 M. 2 Jahre schriftl. Gar. „Estra“-Waren, Halle/5,21

Gummiwaren,
hygien. Artikel. Preisl. G 1 grat. „Medicus“
Berlin SW 66, Alte Jacobstr. 8

Reellste Bezugsquelle!
Neue Gänsefedern
von der Gans gerupft mit Daunen, dopp. gereinigt, allerbeste Qualität Pfd. 3,—, nur kleine Federn (Halbdau.) 4,50 Sch, Daunen 6,25, gereinigte, gerissene Federn mit Daunen 3,50 u. 4,75, hochpr. 5,75, allerf. 7,—, la Vollaunen 9,— u. 10,—. Für reelle, staubfr. Ware Garant. — Versand gegen Nachnahme. ab 5 Pfd. portofrei. Nichtgefall. nehme auf meine Kosten zurück. **Willy Manteuffel,** Gänse- mästerei, gegr. 1852, **Neutrebbin 5b** (Oderbr.). Aeltestes u. größtes Bettfedern- versandgeschäft des Oderbruchs.

Betten
1 1/2 schürrig, eintrot, federulicht
Oberbett m. 7 Pfd. 15,25, 18,50, 19,25, 22,50, 25,00, 29,50, Unterbett m. 6 Pfd. 14,50, 15,75, 18,50, 21,25, 24,50, 28,50, Rücken mit 2 1/2 Pfd. 3,95, 4,90, 5,90, 6,90, 7,90, 9,90, Voll- schürrige Betten 33,70, 37,15, 43,65, 50,65, 57,40, 67,90, Bettfed. Pfd. 1,25, 1,90, 2,40, Halbdau. 3,00, 4,50, 5,50, Daunen 6,50, 10,50, 12,50, Preisliste gratis. Umtausch oder Geld zurück. Viele Dankschreib. Nachnahme-Vers. Bettfabrik **H. Möller,** Kassel Nr. 43, Münchebergstr. 23.

Fahrräder
von 36,— Mk. an, Ballonbereif von 58,— Mk. an mit Garantie. Pracht- katalog gratis.
Wilh. Wellerdiek, Brackwe-de-Bielefeld 35.

Zuckerkrank?
Teile jedem kosten- los gegen Rückporto mit, wie ich, ohne Diät zu halten, ganz zuckerfrei bleibe. **Keln Schwindel,** sonder- Tatsache. **Max Friedländer,** Fondsmakl., Berlin- Tempelhof 21, Schulenburging 5.

FRITZ Ulrich
Altona-Elbe 10
Gustavstr. 58/60
Berufskleidung
Werkzeuge
Preisliste gratis

FISU - Stahl- Betten Schlafst. m. Holz- Stahlmatt. Kinderb. Polster, Chaisecl., an jeden, Teil. Katalog, 287 fr. Eisenmöbelabrik Suhl (Th.).

Lest unser Bauwerk

DEUTSCHE BAU AUSSTELLUNG

BERLIN 1931

9. MAI - 2. AUGUST
Geöffnet täglich von 9 bis 8
„Funkturngarten“ bis Mitternacht
„Deutsches Dorf“

Schmale Teakholz Wasserwagen
Das Beste! Garantie für Genauigkeit!
Zählliche Gläser in Metall gefasst mit grünfarbiger Libelle zum Schutz für die Sonne und bessere Ver- LEMGE: 50 60 70 80 90 100 cm bei 5 Stück Postlo- sendbarheit im Dunsteln. PREIS: 2,25 2,50 3,10 3,40 3,70 4,— Mk. Verpackung frei. Sämtliche Werkzeuge für alle Bauhandwerker - Kataloge kostenlos.

M. HIESSINGER - WERKZEUGFABRIK - MURNBERG

100 000 zufriedene u. dankbare Kunden!



Edelton

Die Spitzenleistung
der deutsch. Sprechmaschinen-Industrie
Tonwiedergabe in höchster Vollendung
Preis ab Fabrik nur 78,— Mk. 1 Jahr Garantie.
Feinst. Doppelfederschneckenwerk
Ohne Anzahlung 2,— Mark Wochenrate
Rücksendungsrecht innerh. 8 Tag.
Sprechmaschinen- Fabrik „EDELTON“
Leo Heinrich
Berlin N 65, Lynarstr. 5-6
(Weltmark) gr. Auswahl, bequemste
Jetzt 10% billiger. 1 Zahlweise, Preis, 88 gratis a. franko.

Josef Witt, Weiden 54 Ober- pfalz.

Gößtes Baumwollwebwaren-Spezialversandhaus der Art Europas mit eigenen Webwaren-Fabriken.

gibt wie folgt ab:

Nr. 1	Weißes Hemdentuch schwere, gute, sehr haltbare Sorte, für starke Wäschestücke, 80 cm breit, per Meter	-.28	Nr. 5	Stuhluch auch Haustuch genannt, weiß, sehr dicht geschlossene, starke Qualität, für bessere, strapazierb. Bettücher, 150 cm br., p. Mr.	1.15
2	Vorhangstoff sog. Gardinen, mit echt indan- threnfarbigen Streifenmustern 70 cm breit, per Meter	-.19	6	Handtücher strapazierbare, haltbare Qualität, well nicht vollkommen gleich- mäßig. Verkauf nach Gewicht per Pfund	1.25
3	Hemdenflanell etwas leichte Gebrauchs- ware, indanthrenfarbig ge- streift 70 cm breit, per Meter	-.23	7	Strickwolle garantiert reine Wolle, solide, strapazierbare Qualität, lieferbar in schwarz per Pfund	1.95
4	Hemdenflanell fast unzerreißbare, kräftige strapazierbare Qualität, echt indanthrenfarbig gestreift, 74 cm breit, per Meter	-.39	Diese Preise haben nur solange Gültigkeit, bis ein neues Inserat mit anderen Preisen erscheint.		

Abgabe von jedem Artikel bis 100 Meter bzw. 10 Pfund. — Versand von Mk. 10.— an; ab Mk. 20.— portofrei.
Nichtensprechendes wird auf meine Kosten zurückgenommen und der volle ausgelegte Betrag zurückbezahlt.